

INHALT

BEITRÄGE

Dienstleistungsbereich: Eine Datenlücke wird geschlossen	3
Konzept und ausgewählte Ergebnisse der neuen Umweltstatistiken	9
Alters- und Geschlechtsstruktur des Landespersonals	15

GRAPHIKEN

Wirtschaftsgraphiken	20
----------------------	----

TABELLENTEIL

Zahlenspiegel	25
---------------	----

KONJUNKTUR AKTUELL

Verarbeitendes Gewerbe - August 2001	34
--------------------------------------	----

ANHANG

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Saarland	36
---	----



Dienstleistungen

Jutta Loidl-Stuppi *)

Dienstleistungsbereich: Eine Datenlücke wird geschlossen

Kein anderer Wirtschaftszweig ist in den letzten Jahren so gewachsen wie der Dienstleistungsbereich. Kein Wirtschaftszweig weist mehr Dynamik im Gründungsgeschehen auf. Weit über die Hälfte der Beschäftigten sind im tertiären Sektor tätig. Ausgerechnet für diesen bedeutenden Wirtschaftsbereich konnte die amtliche Statistik bisher jedoch keine aktuellen Informationen in hoher Gliederungstiefe bereitstellen. Vor allem für die rasch expandierenden unternehmensnahen Dienstleistungsbereiche wie Rechts- und Wirtschaftsberatung, Datenverarbeitung, Werbung, Forschung und Entwicklung usw. fehlte ein umfassendes und konsistentes Berichtssystem völlig. Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Einführung einer Dienstleistungsstatistik und zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften am 1. Januar 2001 verschwindet ein "weißer Fleck" auf der statistischen Landkarte. Im Sommer 2001 werden erstmals unternehmensnahe Dienstleister zum Berichtsjahr 2000 befragt.

In der wissenschaftlichen Literatur und in der tagespolitischen Diskussion werden die Entwicklung von der Industrie zur Dienstleistungsgesellschaft und die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen und sozialen Aspekte in wachsendem Maße thematisiert. Ökonomen, Soziologen und Politologen setzen sich ebenso intensiv mit dem Thema "Dienstleistungen" auseinander wie private Unternehmer. Dabei finden sich für den Begriff "Dienstleistungen" unterschiedliche Definitionsansätze und Betrachtungsweisen.

Was sind Dienstleistungen?

Einmal werden Wirtschaftsgüter, die nicht lager- oder transportierbar sind, als "Dienstleistung" bezeichnet. Dies war vor allem für die klassischen Dienstleistungen wie Handel, Transport, Verkehr, Banken und Versicherungen sowie Bildung und Kultur zutreffend. Der technische Fortschritt der letzten Jahre hat dazu geführt, dass diese Eigenschaften auf eine Vielzahl von Dienstleistungen nicht mehr zutrifft. Durch die neuen Mög-

lichkeiten, die die Telekommunikation, die EDV oder der Multimedia-Bereich bieten, sind beispielsweise Beratertätigkeiten durchaus übertragbar oder lagerfähig geworden.

Ein anderer Ansatz beschreibt "Dienstleistungen" als Zustandsveränderungen. Der Konsum einer Dienstleistung führt zu Veränderungen beim Konsumenten. Die Bereitstellung und die Inanspruchnahme der Dienstleistung fallen somit zeitlich zusammen. Dies setzt die räumliche Nähe zwischen dem Anbieter der Dienstleistung und dem Konsumenten voraus. Diese Definition trifft heute im Wesentlichen noch für personenbezogene Dienstleistungen zu, wie medizinische oder kosmetische Leistungen. Für viele unternehmensbezogene Dienstleistungen trifft diese Auslegung jedoch nicht mehr zu.

In der gebräuchlichsten Definition werden "Dienstleistungen" als eine Restgröße beschrieben, als ein Konglomerat von Wirtschaftsgütern, die nicht in der Land- und Forstwirtschaft, nicht im Bergbau, nicht im Verarbeitenden Gewerbe und nicht im Baugewerbe erzeugt werden. Diese Abgrenzung des Dienstleistungsbereichs liegt auch dem vorliegenden Beitrag zugrunde.

"Dienstleistungen" können, neben der Beschreibung als eine bestimmte Art von Produktionsergebnissen, auch unter anderen Blickwinkeln betrachtet werden. Zum einen kann die Tätigkeit einer Person im Mittelpunkt stehen, die überwiegend Dienstleistungen erzeugt.¹⁾ Andererseits kommt auch eine institutionelle Perspektive in Betracht. Hier wird das jeweilige Unternehmen aufgrund seines wirtschaftlichen Schwerpunktes einem Wirtschaftszweig zugeordnet.²⁾ Sowohl die funktionale als auch die institutionelle Betrachtungsweise beinhalten Schwachstellen. Die funktionale Darstellung bereitet dort Probleme, wo Beschäftigte eine Doppelfunktion ausüben, beispielsweise in der Produktion tätig sind, aber auch Wartung/Reparaturen bei Kunden durchführen. Die institutionelle Betrachtung ist dann problematisch, wenn wertmäßig mehr externe Waren als externe Dienstleistungen erstellt werden, die Summe der Dienstleistungen für interne und externe Zwe-

*) Die Autorin Dipl.-Volkswirtin Jutta Loidl-Stuppi ist Referentin im Referat "Energiewirtschaft, Handwerk, Gewerbeanzeigen" des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Der Beitrag ist bereits erschienen in "Baden-Württemberg in Wort und Zahl 2/2001". 1) Neue Informationen zur Art der Tätigkeit von Beschäftigten sowie Veränderungen im Zeitverlauf liefert der Mikrozensus. 2) Dies ist die übliche Betrachtungsweise in den Wirtschaftsstatistiken und liegt auch dem neuen Dienstleistungssektor zugrunde.

cke jedoch größer ist als die Summe der für interne und externe Zwecke produzierten Waren. Eine solche Einrichtung würde dem Produzierenden Gewerbe zugeordnet werden, obwohl der Output von Dienstleistungen größer war.

Dienstleistungen: Der weiße Fleck in der amtlichen Statistik

So zahlreich die Definitionsansätze sind, so spärlich waren bisher konkrete empirische Informationen. Der rasante Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft war zwar überall spürbar, er wurde bisher jedoch nur unzureichend von der amtlichen Statistik abgebildet. Während über einzelne traditionelle Dienstleistungen, wie beispielsweise den Handel und das Gastgewerbe, in ausreichendem Maße Informationen zur Verfügung standen, erfasste die amtliche Statistik moderne Dienste kaum. Vor allem bei unternehmensorientierten Dienstleistungen mit ihren rasch expandierenden Branchen wie Wirtschafts- und Rechtsberatern, Speditions- und Logistikunternehmen, Werbeunternehmen und EDV-Dienstleistern usw. fehlte ein umfassendes und konsistentes Berichtssystem völlig. Zwar ließen sich mit den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählungen strukturelle Änderungen zwischen den Sektoren und innerhalb des tertiären Sektors nachweisen, aber die letzte Arbeitsstättenzählung wurde 1987 durchgeführt, und diese Daten sind mittlerweile völlig veraltet (Übersicht 1). Die Umsatzsteuerstatistik liefert Informationen zur Outputseite. Mithilfe der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten oder dem Mikrozensus lassen sich Entwicklungen im Dienstleistungsbereich tendenziell aufzeigen. Die Gewerbeanzeigenstatistik erlaubt einen Einblick in die Unternehmensfluktuation einschließlich des Gründungsgeschehens. Da von den Fachstatistiken aber jeweils nur Teilaspekte beleuchtet werden, reichen sie nicht aus, um Struktur und Entwicklung moderner Dienstleistungen tief gehend zu analysieren - insbesondere auch, weil nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten der Verknüpfung von funktionalen und institutionellen Daten bestehen.

Auch Auswertungen aus dem Unternehmensregister, die voraussichtlich ab 2001 möglich werden, könnten nur sehr eingeschränkt Strukturdaten zum tertiären Sektor liefern. Die von der Finanz- bzw. Arbeitsverwaltung gelieferten Daten zur Rechtsform, zum Umsatz und zur Zahl der Beschäftigten sind zwischen ein und zwei Jahren alt. Zudem entspricht die wirtschaftszweigsystematische Zuordnung von Unternehmen, welche diese Verwaltungen liefern, nicht immer dem Qualitätsanspruch der amtlichen Statistik, wie sich bereits bei Erhebungen in anderen Wirtschaftsbereichen zeigte.

Übersicht 1:

Beispiele von Aussagemöglichkeiten einzelner Fachstatistiken bei der Analyse von Struktur und Entwicklung des Dienstleistungsbereichs

Name der Statistik	Informationsgehalt
Arbeitsstättenzählung 1987	Bietet Informationen zu Arbeitsstätten, Unternehmen und Beschäftigten in hoher Gliederungstiefe. Durch die dynamische Entwicklung im Dienstleistungsbereich und die Zeitpunkt-bezogenheit der Ergebnisse sind die Daten bereits veraltet.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	Eine detaillierte Untersuchung einzelner Dienstleistungsbereiche ist aufgrund einer fehlenden tiefen wirtschaftssystematischen Differenzierung nicht möglich. Beinhaltet einen hohen Anteil an Schätzungen.
Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer	Zwar wird die Erwerbstätigkeit differenziert und umfassend abgebildet, aber Selbstständige (wichtige Gruppen im Dienstleistungsbereich) und Beamte werden nicht erfasst.
Mikrozensus	Repräsentativumfrage bei 1 % der Bevölkerung. Eine tiefe regionale und fachliche Untergliederung ist aufgrund der geringen Stichprobenauswahl nicht möglich.
Umsatzsteuerstatistik	Kann zur Analyse der Outputseite herangezogen werden. Im Fall von Mehrbetriebsunternehmen ist keine gebietsscharfe Abgrenzung möglich.
Gewerbeanzeigenstatistik	Auswertung der Gewerbean-, -um- und -abmeldungen liefert Informationen zu Unternehmensfluktuation auch für den Dienstleistungsbereich.

Bemühungen, eine Datenlücke in der Bundesrepublik Deutschland zu schließen

Die Datenlücke im Dienstleistungsbereich ist seit Jahren hinlänglich bekannt und wurde immer wieder beklagt - nicht nur von den statistischen Ämtern.³⁾ Bereits 1985 hat das Statistische Bundesamt im Rahmen einer Amtsleiterkonferenz auf die unzureichende Information im tertiären Sektor hingewiesen. Ein Jahr später forderte die Wirtschaftsministerkonferenz in einem Beschluss den Bundesminister für Wirtschaft dazu auf, Schritte einzuleiten, um die Datenbasis im Dienstleistungsbereich zu verbessern. Dazu mussten jedoch erst die gesetzlichen und haushaltsmäßigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Geplant wurde eine primärstatistische Erhebung bei höchstens 20 % der Unternehmen, die ihren Schwerpunkt im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen hatten. Im Wesentlichen sollten die Erhebungsmerkmale mit den in anderen Wirtschaftsstatistiken abgefragten Merkmalen übereinstimmen, also Angaben zur Kennzeichnung des Unterneh-

3) Vgl. Lützel, Heinrich: Statistische Erfassungen von Dienstleistungen, in: Allgemeines Statistisches Archiv 71/1987, S. 17-37. - Reim, Uwe: Zum Ausbau statistischer Informationen über Dienstleistungen, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1988, S. 842 ff. - Loidl-Stuppi, Jutta: Von der Notwendigkeit einer Dienstleistungsstatistik, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1995, S. 53-56. - Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik, Bericht des Statistischen Beirats an die Bundesregierung, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1999, S. 683-687.

mens, Umsatz, tätige Personen, Löhne und Gehälter, Einsatz von Waren und Dienstleistungen, Eigenleistungen sowie Investitionen. Die Angaben sollten ohne großen zusätzlichen Aufwand aus den handels-, steuer- oder sozialversicherungsrechtlich vorgeschriebenen Geschäftsaufzeichnungen entnommen werden können.

Ein erster Entwurf des Dienstleistungsstatistikgesetzes wurde 1992 zwischen den Bundesressorts abgestimmt. Auch die Wirtschaftsministerien der Länder haben dem Gesetzesentwurf zugestimmt. Die Einführung einer Dienstleistungsstatistik in der Bundesrepublik Deutschland scheiterte jedoch an der Frage der Finanzierbarkeit. 1994 wurde der Entwurf zum Dienstleistungsstatistikgesetz erneut überarbeitet. Bereits in einer ersten Abstimmungsrunde wurden Bedenken laut. Es wurde unter anderem auf bundesweite Einsparungsbemühungen im Bereich der amtlichen Statistik hingewiesen und Abstimmungswünsche mit den Anforderungen an eine europäische Dienstleistungsstatistik geäußert. So mussten die Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland vorerst weiter auf eine objektive und verlässliche Informationsquelle verzichten.

Wer jedoch die Weichen für die Zukunft rechtzeitig und richtig stellen will und im immer härter werdenden internationalen Wettbewerb bestehen möchte, braucht aktuelle, neutrale Informationen. Im Zuge der wachsenden wirtschaftlichen Verflechtung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und durch die zunehmende Verlagerung politischer Entscheidungsbefugnisse von der nationalen auf die europäische Ebene ergab sich die Notwendigkeit der EU-weiten Harmonisierung der amtlichen Statistik. Die Dienstleistungsstatistik in den EU-Staaten war je nach Land und Dienstleistungsbereich auf einem sehr unterschiedlichen Entwicklungsstand. Die Daten basierten auf nationalen Ansätzen und waren EU-weit nicht vergleichbar oder fehlten teilweise, wie in der Bundesrepublik Deutschland.

Entwicklung einer europäischen Dienstleistungsstatistik

Angesichts dieser Ausgangslage wurde 1987 bei EUROSTAT ein "Koordinationsausschuss für die Dienstleistungsstatistik" eingerichtet, der methodische Vorarbeiten leistete. Mit der Entscheidung des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 18. Juni 1992 zur Einführung eines Zweijahresprogramms für die Entwicklung einer europäischen Dienstleistungsstatistik wurde der erste Schritt unternommen, ein europäisches statistisches Informationssystem für den Dienstleistungsbereich zu installieren und die Harmonisierung der Dienstleistungsstatistik in den Mitgliedstaaten voranzubringen. Der Dienstleis-

Übersicht 2:

Unternehmensmerkmale, die laut EU-Strukturverordnung von allen Mitgliedstaaten jährlich an EUROSTAT zu liefern sind

Code	Bezeichnung
12 11 0	Umsatz
12 12 0	Produktionswert
12 14 0	Bruttowertschöpfung zu Basispreisen
12 15 0	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten
13 31 0	Personalaufwendungen
13 11 0	Waren- und Dienstleistungskäufe insgesamt (Übermittlung freigestellt)
13 12 0	Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand
13 32 0	Löhne und Gehälter
15 11 0	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
16 11 0	Zahl der Beschäftigten
16 13 0	Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger

tungsbereich im Sinne der Ratsentscheidung umfasste den Handel, das Gastgewerbe, den Verkehr, Finanzdienstleistungen einschließlich Versicherungen, Kommunikations- und Informationsdienstleistungen, audiovisuelle Dienstleistungen und Dienstleistungen für Unternehmen.

Ein wichtiger Bestandteil beim Aufbau eines EU-weiten Berichtssystems über Dienstleistungen war die Durchführung von Piloterhebungen. In der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht das Bundesstatistikgesetz (§ 7 Abs. 2 BStatG) die Durchführung von Erhebungen ohne Auskunftspflicht zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen. Eines der wichtigsten Ergebnisse dieser auf freiwilliger Basis durchgeführten Piloterhebungen war die Tatsache, dass angesichts einer Rücklaufquote von unter 25 % auf eine Auskunftspflicht bei der regulären Erhebung nicht verzichtet werden kann.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (im folgenden Text ESVG-Verordnung genannt) sowie mit der Verordnung (EG/Euratom) Nr. 58/97 vom 20. Dezember 1996 über strukturelle Unternehmensstatistik (im folgenden Text EU-Strukturverordnung genannt) sind von allen Mitgliedstaaten vergleichbare statistische Daten auf nationaler und regionaler Ebene zu liefern. Gemäß der EU-Strukturverordnung sind die verbindlichen Liefermerkmale (Übersicht 2) in vorgegebener Gliederungstiefe (Übersicht 3) ab dem Berichtsjahr 1999 innerhalb von 18 Monaten an EUROSTAT zu übersenden. Da der Termin, Mitte 2001, aus deutscher Sicht nicht eingehalten werden kann, wurde von Deutschland eine Fristverlängerung von einem Jahr beantragt.⁴⁾ Die EU hat diesem Antrag stattgegeben. Damit war der Gesetzgeber in der Bundes-

4) Eine allgemeine Ausnahme sieht vor, dass dieser Liefertermin sich verschieben kann, wenn das Unternehmensregister noch nicht voll funktionsfähig sein sollte.

Übersicht 3

Von der EU-Strukturverordnung geforderte wirtschafts- zweigsystematische Gliederung

Abschnitt	Wirtschaftsmerkmale
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
D	Verarbeitendes Gewerbe
E	Energie und Wasserversorgung
F	Baugewerbe
G	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern
H	Gastgewerbe
55.1	Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis
55.2	Sonstiges Beherbergungsgewerbe
55.3	Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen
55.4	Sonstiges Gaststättengewerbe
55.5	Kantinen und Caterer
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung
60.1	Eisenbahnen
60.21	Personenverkehr im Linienverkehr zu Land
60.22	Betrieb von Taxis und Mietwagen mit Fahrer
60.23	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr
60.24	Güterbeförderung im Straßenverkehr
60.3	Transport in Rohrfernleitungen
61.1	See- und Küstenschifffahrt
61.2	Binnenschifffahrt
62	Luftfahrt
63.1	Frachtumschlag und Lagerei
63.2	Sonstige Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr
63.3	Reisebüros und Reiseveranstalter
63.4	Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung
64.11	Postdienste
64.12	Sonstige Kurierdienste
64.2	Fernmeldedienste
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe
65.11	Zentralbanken
65.12	Sonstige Kreditinstitute (ohne Spezialkreditinstitute)
66.01	Lebensversicherungen
66.03	Sonstiges Versicherungsgewerbe
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen
70	Grundstücks- und Wohnungswesen
71.1	Vermietung von Kraftwagen bis 3,5 t Gesamtgewicht
71.2	Vermietung von sonstigen Verkehrsmitteln
71.3	Vermietung von Maschinen und Geräten
71.4	Vermietung von Gebrauchsgütern a.n.g.
72	Datenverarbeitung von Datenbanken
73	Forschung und Entwicklung
74.11	Rechtsberatung
74.12	Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung
74.14	Unternehmens- und Public-Relations-Beratung
74.15	Beteiligungsgesellschaften (ohne Kapitalanlagegesellschaft)
74.13	Markt- und Meinungsforschung
74.2	Architektur- und Ingenieurbüros
74.3	Technische, physikalische und chemische Untersuchung
74.4	Werbung
74.5	Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften
74.6	Detekteien und Schutzdienste
74.7	Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln
74.8	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen

republik Deutschland jetzt in der Pflicht, die wirtschaftsstatistischen Rechtsvorschriften zu modernisieren.

Es kamen zwei Vorgehensweisen in Betracht. Bei der ersten Variante wäre die Erhebung direkt auf der gesetzlichen Grundlage der EU-Strukturverordnung durchgeführt worden. Eine jährliche, zentrale, 5-prozentige Erhebung mit Auskunftspflicht, die keine regionalen Ergebnisse geliefert hätte, hätte den EU-Anforderungen genügt.

Da von allen Bundesländern jedoch aussagekräftige Ländereergebnisse gefordert wurden, kam nur die zweite Variante infrage: eine dezentrale Erhebung mit Auskunftspflicht und einem ausreichend großen Stichprobenumfang. Der notwendige Stichprobenumfang hängt prinzipiell von verschiedenen Faktoren ab, wie zum Beispiel von der Heterogenität der zu betrachtenden Grundgesamtheit, der fachlichen Gliederungstiefe auf regionaler Ebene, der Veröffentlichungstiefe der Ergebnisse und dem Qualitätsanspruch.⁵⁾

Am 14. Juli 2000 scheiterte das Gesetz, das eine 20%-Stichprobe vorsah, im Bundesrat aufgrund der Kosten, die von den Ländern zu tragen gewesen wären. Da eine Kostenneutralität bei der Einführung der von allen Seiten gewünschten Dienstleistungsstatistik nicht realisierbar war, schien eine vertretbare Reduzierung der Zahl der Auskunftspflichtigen ein tragfähiger Konsens zu sein. Im Vergleich zum ursprünglichen Gesetzentwurf wurde die Stichprobe auf 15 % gekürzt, unter Inkaufnahme von Einschränkungen bei tief gegliederten Auswertungsmöglichkeiten.

Die Dienstleistungsstatistik

Am 1. Dezember 2000 stimmte der Bundesrat dem Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages vom 10. November 2000 zur Einführung einer Dienstleistungsstatistik und zur Änderung statistischer Rechtsverordnungen zu. Das Gesetz trat am 1. Januar 2001 in Kraft.

Danach ist eine jährliche, dezentrale Erhebung mit Auskunftspflicht und einem Stichprobenumfang von höchstens 15 % bei Unternehmen und Einrichtungen durchzuführen, die den Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen haben. Im einzelnen gehören dazu

1. Abschnitt I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung)

- Abteilung 60 Landverkehr, Transport in Fernleitungen,
- Abteilung 61 Schifffahrt,
- Abteilung 62 Luftfahrt,
- Abteilung 63 Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Verkehrsvermittlung,
- Abteilung 64 Nachrichtenübermittlung,

5) Die Qualität der Ergebnisse wird dabei am auftretenden mittleren Fehler (Standardabweichung) gemessen.

2. Abschnitt K (Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen)

- Abteilung 70 Grundstücks- und Wohnungswesen,
- Abteilung 71 Vermietung beweglicher Sachen,
- Abteilung 72 Datenverarbeitung und Datenbanken,
- Abteilung 73 Forschung und Entwicklung,
- Abteilung 74 Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen.

Dabei ist die Stichprobengröße von 15 % nicht als fester Prozentsatz für alle Bereiche und Bundesländer zu sehen. Vielmehr ist dies ein maximaler Durchschnittswert, das heißt, im Durchschnitt soll der Auswahlsatz nicht mehr als 15 % betragen. Auf Länderebene bezogen bedeutet dies, dass kleine Länder für statistisch abgesicherte Ergebnisse einen höheren Prozentsatz benötigen als größere Länder und dass bei schwach besetzten Wirtschaftszweigen bzw. Größenklassen ein höherer Auswahlsatz realisiert werden muss als bei stark besetzten. Wie auch in allen anderen statistischen Erhebungen versteht es sich dabei von selbst, dass - im Sinne der möglichst geringen Belastung der Unternehmen und der optimalen Nutzung der knappen Ressourcen der statistischen Ämter - im Rahmen dieser Höchstvorgabe immer nur auf den unbedingt notwendigen Stichprobenumfang zurückgegriffen werden wird.

Die erste Stichprobe für die Bereiche I und K könnte im März 2001 für das Berichtsjahr 2000 gezogen werden.* Voraussetzung hierfür ist das Vorhandensein eines vollständigen Unternehmensregisters für diese Bereiche. Es besteht ein enger zeitlicher Zusammenhang zwischen der Aktualisierung des Unternehmensregisters und der Stichprobenziehung für die Dienstleistungsstatistik, da das Unternehmensregister als Auswahlgrundlage für die Stichprobenziehung dient, obwohl bei der wirtschaftszweigsystematischen Zuordnung Mängel erwartet werden. Da in der Bundesrepublik Deutschland bisher jedoch kein anderes aktuelles und vollständiges Anschriftenmaterial für die zu befragenden Bereiche vorliegt, wird erst die Erhebung Aufschluss darüber geben, ob die Zweifel hinsichtlich der wirtschaftlichen Zuordnung berechtigt waren.

Für die Stichprobentheoretiker bedeuten die Unsicherheiten bezüglich der Grundgesamtheit eine größere Herausforderung, sowohl bei der Erstellung der Stichprobenauswahlpläne als auch bei der Hochrechnung auf eine Grundgesamtheit, deren Struktur nach der Erhebung unter Umständen anders zusammengesetzt ist als zu Beginn der Zählung.

Die Auskunftspflichtigen sollen mittels eines mathematischen Zufallsverfahrens aus der Grundgesamtheit ermittelt werden. Danach kann mit der Versendung der Fragebogen an die ausgewählten Unternehmen und Einrichtungen begonnen werden.*

* Anmerkung hierzu am Schluss des Textbeitrags.

6) Beispielsweise wird bei den beratenden Berufen nicht nach Erträgen aus Beteiligungen gefragt, sondern nach Umsatz und sonstigen betrieblichen Erträgen.

Die Fragebogen

Um branchenspezifischen Besonderheiten Rechnung tragen zu können, wurden drei Fragebogen kreiert. Der erste Fragebogen richtet sich an Unternehmen und Einrichtungen, die in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen tätig sind. Der zweite Fragebogen wendet sich an Wirtschaftsprüfer, Rechts-, Steuer-, Unternehmens- und Public-Relations-Berater, Markt- und Meinungsforscher sowie beratende Ingenieure und Architekten. Der dritte Fragebogen wurde für Beteiligungsgesellschaften entworfen.

Inhaltlich und vom Aufbau unterscheiden sich die Fragebogen nicht, lediglich bei der Terminologie kommt es zu Abweichungen.⁶⁾ Die zu erfragenden Merkmale (Übersicht 4) sind im Gesetz festgeschrieben. Bei Auskunftspflichtigen, deren Umsätze oder Einnahmen im Berichtsjahr weniger als 250 000 Euro betrugen, wird nur eine reduzierte Anzahl von Erhebungsmerkmalen erfragt. Dahinter steht die Idee, insbesonde-

Übersicht 4

Merkmalskatalog der Dienstleistungsstatistik

Erhebungsmerkmal	Angaben zur Kennzeichnung des Unternehmens oder der Einrichtung zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit: <ul style="list-style-type: none"> - Rechtsform - Hauptsächlich ausgeübte wirtschaftliche Tätigkeit - Zahl der Niederlassungen
	Tätige Personen sowie Löhne und Gehälter: <ul style="list-style-type: none"> - Zahl der tätigen Personen nach Geschlecht und Stellung im Beruf sowie Voll- und Teilzeittätigkeit - Summe der Bruttolöhne und -gehälter - Gesetzliche und übrige Sozialaufwendungen der Arbeitgeber
	Umsätze, Vorleistungen sowie Steuern und Subventionen: <ul style="list-style-type: none"> - Umsätze oder Einnahmen nach In- und Ausland und sonstige Erträge - Aufwendungen für Waren, Material und Dienstleistungen nach Arten - Wert der Bestände an Waren und Material nach Arten - Aufwendungen für Mieten, Pachten und Leasing - Steuern, Abgaben sowie Subventionen
	Investitionen: <ul style="list-style-type: none"> - Wert der erworbenen Sachanlagen und Wert der immateriellen Vermögensgegenstände nach Arten - Wert der selbst erstellten Sachanlagen
Hilfsmerkmale	<ul style="list-style-type: none"> - Name und Anschrift des Unternehmens oder der Einrichtung zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit (Auskunftspflichtigen) - Name und Telekommunikationsanschlussummern der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Person (freiwillig)

re kleinere Unternehmen von statistischer Berichtspflicht zu entlasten. Der Fragenkatalog orientiert sich an den für kleine Dienstleistungsunternehmen relevanten Daten aus dem Modul der EU-Strukturverordnung. Da in diesen Wirtschaftszweigen - wie bekannt - keine anderen Erhebungen stattfinden, sind die künftig zur Verfügung stehenden Daten für die kleineren Einheiten auf das vereinfachte Programm begrenzt.

Um die ausgewählten Auskunftspflichtigen nicht über Gebühr zu belasten, besteht die Möglichkeit, die Unternehmen, die sich über einen gewissen Zeitraum in der Stichprobe befanden, anschließend für eine Reihe von weiteren Zeiträumen für die Befragung zu sperren und durch vergleichbare Unternehmen zu ersetzen.⁷⁾

Start-up-Unternehmen werden in der Aufbauphase durch statistische Befragungen nicht belastet, da sie frühestens zwei Jahre nach Geschäftsbeginn eine Auswahlchance bekommen. Erst zu diesem Zeitpunkt werden sie im Unternehmensregister geführt.

Erhebungseinheiten, die in mehreren Bundesländern Niederlassungen haben (Mehrländerunternehmen) und deren Umsätze oder Einnahmen 250 000 Euro übersteigen, haben in einem beigefügten Zusatzbogen Angaben zum Umsatz, zur Zahl der Beschäftigten, zu Löhnen und Gehältern sowie zu Investitionen in der Unterteilung nach Ländern zu machen. Dies wurde von den Bundesländern gefordert, um bereinigte Ländereergebnisse zu erhalten.

Schlussbemerkung

Erste Ergebnisse zur Struktur der unternehmensbezogenen Dienstleistungsunternehmen für das Berichtsjahr 2000 werden in der ersten Hälfte 2002 erwartet. Damit ist der erste Schritt getan auf dem Weg, den Stand und die Entwicklung im

Dienstleistungsbereich transparenter zu machen. Doch bleiben auch nach der Einführung der neuen Dienstleistungsstatistik "weiße Flecken" im tertiären Sektor bestehen. Unternehmen und Einrichtungen, die ihre Dienstleistungen überwiegend für den persönlichen Konsum anbieten, werden auch in naher Zukunft nicht befragt. So lassen sich auch künftig beispielsweise weder der Gesundheitsbereich noch die Medienlandschaft von der amtlichen Statistik abbilden. Darüber hinaus lassen sich neu entstandene Dienstleistungsbranchen (zum Beispiel Call-Center), die häufig unter den Begriffen "New Economy" und "New Media" zusammengefasst werden, in der bestehenden "Klassifikation der Wirtschaftszweige" nicht problemlos zuordnen. Eine Aktualisierung der Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Union (NACE) ist in Vorbereitung.

Die EU-Strukturverordnung sieht in den Wirtschaftsbereichen M (Erziehung und Unterricht), N (Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen) sowie O (Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen) Piloterhebungen für das Berichtsjahr 1998 vor. Beim Erlass des Programmes für die Pilotuntersuchungen ist die EU-Kommission jedoch in Verzug geraten, sodass erst in den nächsten Jahren Piloterhebungen in diesen Wirtschaftsbereichen zu erwarten sind. Mittelfristig ist damit zu rechnen, dass EUROSTAT anstrebt, diese Bereiche ebenfalls in die EU-Strukturverordnung einzugliedern. Auch hat die Europäische Union bereits durch die Ratsverordnung (EG) Nr. 1165/98 über Konjunkturstatistiken (EU-Konjunkturverordnung) ihren weiteren Informationsbedarf bekundet. Danach müssen ab 2003 auch vierteljährlich Daten zu Umsatz und Beschäftigten an EUROSTAT geliefert werden. Ob diese Informationen bei den Unternehmen direkt erhoben oder aus Verwaltungsdateien zeitnah ermittelt werden, darüber wird derzeit noch beraten.⁸⁾

7) Mit Ausnahme solcher, die aufgrund ihrer Größe immer befragt werden müssen. 8) Vgl. Lorenz, Robin/Schmidt, Bernd: Registergestützte Umsetzung der EU-Konjunkturverordnung im Dienstleistungsbereich, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 5/2000, S. 315-319.

Anmerkung des Statistischen Landesamtes SAARLAND:

Die Stichprobenerhebung wurde inzwischen bundesweit planmäßig zur Jahresmitte 2001 durchgeführt. Im Saarland wurden 3 100 Anschriften von Auskunftspflichtigen in die Erhebung einbezogen (Auswahlsatz 37 %). Der Rücklauf der Erhebungsbogen sowie Aufbereitungsarbeiten sind zur Zeit im Gange.

Umweltstatistiken

Karl Schneider

Konzept und ausgewählte Ergebnisse der neuen Umweltstatistiken

Neues Umweltstatistikgesetz seit 1997 in Kraft

Umweltrelevante Tatbestände haben in den vergangenen Jahrzehnten im Bewusstsein der Öffentlichkeit immer stärker an Bedeutung gewonnen. Infolgedessen wurde zu Beginn der neunziger Jahre eine Reform des Umweltstatistikgesetzes in die Wege geleitet, um die ursprüngliche Fassung, mit der 1974 erstmals ein umweltstatistisches Konzept verwirklicht worden war, den veränderten Informationsbedürfnissen anzupassen. Konzentrierte sich die frühere Berichterstattung im Wesentlichen auf die zum damaligen Zeitpunkt in der öffentlichen Diskussion vorherrschenden Bereiche Abfall, Wasser und Abwasser, so sollte die Novellierung eine erhebliche Ausweitung des umweltrelevanten Instrumentariums mit sich bringen. Der Gesetzgeber sah sich allerdings in der schwierigen Situation, neben den gestiegenen Datenanforderungen gleichzeitig den verstärkten Einsparbemühungen der öffentlichen Hand und der geforderten Entlastung der gewerblichen Wirtschaft bei der Auskunftspflicht gerecht zu werden. Auch internationale Vorgaben, insbesondere die Harmonisierungsbestrebungen innerhalb der Europäischen Union, mussten berücksichtigt werden. So mündeten die langwierigen Beratungen erst am 21. September 1994 in die Verabschiedung des neuen Umweltstatistikgesetzes (UStatG, BGBl. I, S. 2 530). Trotz etlicher Kompromisse ist dem anspruchsvollen Reformvorhaben insoweit Rechnung getragen, als zusätzliche Umweltbereiche erfasst, bereits erfasste Bereiche erweitert und Periodizitäten verkürzt wurden. Zur Entlastung von Betrieben und Unternehmen wird verstärkt auf sekundärstatistisch auswertbares Material zurückgegriffen, z. B. durch Nutzung umweltrelevanter Datenbestände in der öffentlichen Verwaltung. Mit Rücksicht auf das "Föderale Konsolidierungsprogramm" ist das Gesetz erst zum 1. Januar 1997 in Kraft getreten. Es regelt ab dem Erhebungsjahr 1996 mehr als 30 Einzelstatistiken, die sich in vier große Umweltbereiche gliedern lassen: Abfallwirtschaft, Wasserwirtschaft, Luftbelastung, Umweltökonomie. Die umfangreichen Vorbereitungen wie z. B. die Konkretisierung der Erhebungsinhalte, die Auswahl und Vorinformation der Berichtspflichtigen, die Programmierarbeiten für die maschinelle Aufbereitung, die

Durchführung von Testerhebungen und dergleichen mehr haben in den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder sehr viel Zeit und Aufwand beansprucht und sind bis heute noch nicht vollständig abgeschlossen. So fehlt beispielsweise noch die abgestimmte Version für ein Mindestveröffentlichungsprogramm, das für die Statistischen Landesämter die Grundlage bilden soll, ihre Ergebnisse in unmittelbar vergleichbarer Art und Weise zu publizieren. Die im Folgenden für das Saarland präsentierten Resultate zu den neuen Umweltstatistiken (z.T. mit früheren Ergebnissen) sind insofern als Eckdaten zu betrachten, die gleichwohl einen guten Einblick in das reformierte Erhebungsprogramm bieten.

Erhebungen der Abfallwirtschaft (§§ 3 bis 5 UStatG)

Nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz von 1996 sowie der europäischen Abfallrahmenrichtlinie sind Abfälle alle beweglichen Sachen, deren sich ihr Besitzer entledigt bzw. entledigen will oder muss. Die Abfallwirtschaft umfasst die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen. Die umweltpolitische Zielvorstellung geht davon aus, dass Abfälle in erster Linie zu vermeiden sind, in zweiter Linie zu verwerten sind und drittens erst nach weitestgehender Verwertung möglichst umweltschonend zu beseitigen sind. Verwertung und Beseitigung bezeichnen die Abfallentsorgung. Kennzeichnend für das neue Erhebungskonzept ist demnach im Gegensatz zur früheren Abfallstatistik die Verlagerung des Schweregewichts der Fragestellung weg von der Herkunft des Abfallaufkommens hin zur Entsorgung bzw. Verwertung.

In § 3 richten sich die Befragungen an zwei Gruppen von Entsorgungsträgern: Die Betreiber von Anlagen zur Abfallbeseitigung - in der Unterscheidung nach "öffentlichen" und "betrieblichen" Anlagen - müssen jährlich Art, Herkunft und Verbleib der behandelten Abfallmengen angeben. Im zweiten Fall werden alle vier Jahre die Einsammler und Beförderer von Abfällen befragt, wobei nach Hausmüll u.ä. im Rahmen der öffentlichen Müllabfuhr und Abfällen außerhalb der Müllabfuhr zu differenzieren ist. Ausgespart in § 3 sind die Sonderabfälle, die so genannten "besonders überwachungsbedürftigen Ab-

Übersicht: Die Erhebungen nach dem Umweltstatistikgesetz (UStatG) von 1994

Fundstelle im UStatG	Name der Erhebung (interne Abkürzung)	Erstes Erhebungsjahr/ -zeitraum	Periodizität
Abfallwirtschaft			
§ 3 Abs. 1 Nr. 1	Erhebung - über die Abfallentsorgung in der Entsorgungswirtschaft (AE) - der innerbetrieblichen Abfallentsorgung (AB)	1996	jährlich
§ 3 Abs. 2 Nr. 1	Erhebung über die Einsammlung - von Hausmüll, hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen und anderen Abfällen im Rahmen der öffentlichen Müllabfuhr (EHM) - von Abfällen außerhalb der öffentlichen Müllabfuhr (EA)	1996	4jährlich
§ 4	Sekundärstatistische Auswertung des Begleitscheinverfahrens über die besonders überwachungsbedürftigen Abfälle (Ü) sowie grenzüberschreitende Verbringung von Abfällen (GV, wird vom Umweltbundesamt durchgeführt)	1996	jährlich
§ 5 Abs. 1 Nr. 1	Erhebung über die Aufbereitung und Verwertung von Bauschutt, Baustellenabfällen, Bodenaushub und Straßenaufbruch (BS)	1996	2jährlich
§ 5 Abs. 1 Nr. 2	Erhebung über den Einsatz von Bauabfällen bei öffentlichen Baumaßnahmen (BR)	1997	2jährlich
§ 5 Abs. 2, 4	Erhebung über die Verwertung von - Altölen (ÖL) - Altglas (GL) und - Altpapier (PA)	1996	2jährlich
§ 5 Abs. 3	Erhebung über die Aufbereitung und stoffliche Verwertung von Kunststoffen (KST)	1996	2jährlich
§ 5 Abs. 5	Erhebung über das Einsammeln von - Verkaufsverpackungen (VV) und - Um- und Transportverpackungen (TUV)	1996	jährlich
Wasserwirtschaft			
§ 6 Abs. 1	Erhebung der öffentlichen Wasserversorgung (Wasseraufkommen und Wasserabgabe - 6W)	1998	3jährlich
§ 6 Abs. 3	Erhebung der öffentlichen Abwasserbeseitigung (öffentliche Kanalisation - 6S, Abwasserbehandlungsanlagen - 6K)	1998	3jährlich
§ 6 Abs. 4	Erhebung über die Wassereigenversorgung und -entsorgung privater Haushalte (6P)	1998	3jährlich
§ 7	Erhebung der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau, bei der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe (Wasseraufkommen, Wasserverwendung und Verbleib des Abwassers - 7A, Abwasserbehandlung - 7B)	1998	3jährlich
§ 8	Erhebung der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Landwirtschaft	1998	4jährlich
§ 9	Erhebung der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung (Wasseraufkommen, Wasserverwendung und Verbleib des Abwassers - 9A, Abwasserbehandlung - 9B)	1998	3jährlich
§§ 12, 14	Erhebung der Unfälle beim Umgang mit sowie bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen	1996	jährlich
§ 13	Erhebung der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	1999	5jährlich
Luftbelastung			
§ 10	Erhebung der Luftverunreinigungen (Auswertung der Emissionserklärung)	1996	4jährlich
§ 11	Erhebung bestimmter ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe	1996	jährlich
Umweltökonomie			
§ 15 Abs. 1 Nr. 1	Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz	1996	jährlich
§ 15 Abs. 1 Nr. 2	Erhebung der laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz	1996	jährlich
§ 16 Abs. 1	Erhebung der Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz	1997	jährlich
§ 16 Abs. 2	Erhebung der Zusammensetzung der Investitionen für den Umweltschutz	1994 bis 1997	4jährlich

fälle". Sie werden gemäß § 4 durch jährliche sekundärstatistische Auswertung der Abfallbegleitscheine bei den Landesumweltbehörden erfasst (im Saarland ist dafür die Sonderabfall-Service GmbH zuständig). Über die Entsorgung zumeist wiederverwertbarer Abfälle wie Bauschutt, Bodenaushub, Alt-

öl, Kunststoff, Altglas und Verpackungen gibt die Erhebung nach § 5 Auskunft, die überwiegend zweijährlich stattfindet. Insgesamt umfasst die Abfallstatistik heute 14 Erhebungen, die aus technischen Gründen mit Hilfe von etwa 30 verschiedenen Fragebogen durchgeführt werden.

Abfallentsorgung in der Entsorgungswirtschaft

	Maßeinheit	1996	1997	1998
Eingesammelte Abfallmengen				
im Rahmen der öffentlichen Müllabfuhr	Tonnen	364 023	x	x
außerhalb der öffentlichen Müllabfuhr	Tonnen	1 162 855	x	x
Eingesammeltes Verpackungsmaterial	Tonnen	106 939	178 610	163 116
darunter: Papier, Pappe, Karton	Tonnen	46 557	105 495	85 115
Glas	Tonnen	30 179	28 720	32 467
An Entsorgungsanlagen gelieferte Abfallmengen				
an Deponien	Tonnen	1 151 953	1 460 134	1 522 564p
an Bauschuttaufbereitungsanlagen	Tonnen	661 243	x	676 475
an Kompostierungsanlagen	Tonnen	116 659	122 533	120 565p
an Sortieranlagen	Tonnen	98 254	104 109	153 420p

Betriebliche Abfallentsorgung

	Maßeinheit	1996	1997	1998p
Betriebliches Abfallaufkommen insgesamt	Tonnen	1 322 267	810 203	839 798
darunter: Metallurgische Schlacken, Krätzen und Stäube	Tonnen	711 324	436 479	440 889
Bauschutt	Tonnen	257 973	184 330	181 187
Mineralische Schlämme	Tonnen	97 171	74 410	78 744
Eisen- und Stahlabfälle	Tonnen	77 698	5 859	14 462
Klärschlämme	Tonnen	12 738	10 573	.
Vom Abfallaufkommen insgesamt wurden				
in Produktionsprozessen o.a. im Betrieb eingesetzt	Tonnen	459 107	5 474	2 029
an weiterverarbeitende Betriebe oder Altstoffhandel abgegeben	Tonnen	107 700	44 216	43 001
auf eigener Deponie abgelagert	Tonnen	735 331	754 303	735 586
nach außen zur Abfallbeseitigung abgegeben	Tonnen	12 202	6 210	56 882

Besonders überwachungsbedürftige Abfälle

	Maßeinheit	1996	1997	1998
Von den Abfallerzeugern abgegebene Mengen insgesamt	Tonnen	56 277	70 737	81 514
darunter: Metallurgische Schlacken, Krätzen und Stäube	Tonnen	106	182	3 936
Aschen, Schlacken und Stäube aus der Verbrennung	Tonnen	2 612	3 539	8 772
Sonstige feste mineralische Abfälle (z. B. verunreinigte Böden)	Tonnen	20 147	18 988	19 474
Abfälle von Mineralöl- und Kohleveredlungsprodukten (z. B. Altöle)	Tonnen	22 201	32 301	32 344
Anstrichmittel (Lacke und Farben)	Tonnen	2 471	2 484	2 629

Erhebungen der Wasserwirtschaft (§§ 6 bis 9 und 12 bis 14 UStatG)

Durch das neue Umweltstatistikgesetz sind bei der Wasserwirtschaft insgesamt zwölf Erhebungen vorgesehen, die zu folgenden Gruppen zusammengefasst werden können:

- Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (§ 6)
- Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Industrie (Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe - § 7)
- Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Landwirtschaft (§ 8)
- Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bei Kraftwerken für die öffentliche Versorgung (§ 9)
- Unfälle und Anlagen mit wassergefährdenden Stoffen (§§ 12 bis 14).

Damit wurden die früheren Wasserstatistiken im Großen und Ganzen unverändert übernommen und um zwei weitere Befragungen (Wasserversorgung für Bewässerungszwecke in der Landwirtschaft sowie Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen) ergänzt. Ein wesentlicher Unterschied liegt in der generellen Verkürzung der Periodizität von vier auf drei Jahre. Für die Landwirtschaft gilt aufgrund des Statistikbereinigungsgesetzes nun ein Erhebungsturnus von vier Jahren. Die Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen sind weiterhin jährlich zu melden, während die Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen alle fünf Jahre erfasst werden.

Die öffentliche und die industrielle Wasserwirtschaft geben Auskunft über die Wassergewinnung und die Wasserverwendung als Trinkwasser bzw. für Produktionszwecke, ferner über die Abwassermengen und deren Ableitung oder Behandlung in Kläranlagen sowie über die anfallenden Mengen an Klärschlamm. Zur Abschätzung des Gefahrenpotenzials, das von

Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

	Maßeinheit	1995	1998
Eigengewinnung durch öffentliche Wasserversorgungsunternehmen plus Fremdbezug	Mio. m ³	61,8	58,4
gleich Wasseraufkommen brutto	Mio. m ³	25,0	24,8
Wasserabgabe an Letztverbraucher	Mio. m ³	86,8	83,2
Wasserverbrauch pro Einwohner	Mio. m ³	56,5	56,5
Öffentliches Kanalnetz	Liter/Tag	119	120
Öffentliche Kläranlagen	km	6 561,8 ¹⁾	6 138,0
In Kläranlagen eingeleitetes Abwasser und Wasser darunter biologisch behandelt	Anzahl	77	84
	Mio. m ³	141,1	143,8
	%	96,5	94,0
Beseitigter Klärschlamm aus der Abwasserbehandlung	Tonnen Trockenmasse	15 692	21 263

1) 1995 z.T. mit Hausanschlüssen.

Wasseraufkommen, -nutzung und Abwasserbeseitigung in der Industrie

	Maßeinheit	1995	1998
a) Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung	Erfasste Betriebe	4	9
Wasseraufkommen	Mio. m ³	136,2	153,8
Nutzung als Kühlwasser ¹⁾	Mio. m ³	632,7	1 219,6
Abgeleitetes Abwasser	Mio. m ³	124,8	133,5
b) Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	Erfasste Betriebe	165	106
Wasseraufkommen	Mio. m ³	111,1	74,3
Nutzung als Kühlwasser ¹⁾	Mio. m ³	34,6	31,3
Abgeleitetes Abwasser	Mio. m ³	72,6	45,8
Betriebseigene Abwasserbehandlungsanlagen	Anzahl	71	45
Beseitigter Klärschlamm	Tonnen Trockenmasse	6 441	2 002

1) Einschließlich Mehrfach- und Kreislaufnutzung.

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

	Maßeinheit	1996	1997	1998	1999
a) Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen					
Gemeldete Unfälle	Anzahl	18	22	23	25
Ausgelaufene Stoffmenge	m ³	6,2	146,4	31,8	147,0
darunter: Mineralölprodukte	m ³	6,2	1,4	31,6	8,7
Nicht wiedergewonnene Menge	m ³	5,4	146,4	9,4	136,6
b) Unfälle bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe					
Gemeldete Unfälle	Anzahl	11	20	19	26
Ausgelaufene Stoffmenge	m ³	2,0	2,7	7,5	22,4
darunter: Mineralölprodukte	m ³	1,6	2,5	7,5	21,8
Nicht wiedergewonnene Menge	m ³	1,8	2,6	4,1	8,1

wassergefährdenden Stoffen wie z. B. Mineralölprodukten ausgeht, werden von den Überwachungsbehörden die Unfälle mit solchen Stoffen gemeldet, ergänzt um eine Bestandsaufnahme aller überwachungspflichtigen Anlagen (z. B. bei Tankstellen), die erstmals für das Jahr 1999 zu erstellen ist.

Erhebungen zur Luftbelastung (§§ 10, 11 UStatG)

Mit diesem neu eingeführten Instrumentarium wird eine weitere Lücke in der statistischen Umweltbeobachtung geschlossen. Grundlage für die Erhebung der Luftverunreinigungen gemäß § 10 sind die Emissionserklärungen von Betreibern bestimmter genehmigungsbedürftiger Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz. Solche Anlagen sind z. B. Zementwerke, Raffinerien, Kraftwerke oder Müllverbrennungsanlagen. Allerdings sind nicht die Anlagebetreiber selbst meldepflichtig, sondern die für das Emissionskataster zuständige Landesumweltbehörde, im Saarland also das Umweltministerium. Statistisch erfasst werden in vierjährigem Abstand die von der Anlage verursachte Luftverunreinigung, die Kapazität und Auslastung der Anlage sowie der Einsatz der gehandhabten Stoffe.

Ergänzend hierzu regelt § 11 die jährliche Erhebung bestimmter ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe. Sie richtet sich vor allem an Industrie- und Handelsunternehmen, die Kälte- oder Treibmittel herstellen bzw. verwenden, z. B. beim Reparieren oder Nachfüllen von Kälte- und Klimaanlage. Die gemeldeten Stoffmengen erlauben tendenzielle Hinweise auf mögliche Veränderungen des Gefährdungspotenzials gegenüber der Ozonschicht und des Treibhauspotenzials.

Als Umweltschutzinvestitionen gelten alle Zugänge an Sachanlagen, deren ausschließlicher oder überwiegender Zweck der Schutz vor schädlichen Einflüssen der Produktionstätigkeit auf die Umwelt ist. Sie werden beim Produzierenden Gewerbe bereits seit der Einführung der Umweltstatistiken 1975 jährlich erfasst. Aufgrund der Gesetzesnovelle von 1994 entfällt die Befragung des Baugewerbes, wo Umweltschutzinvestitionen erfahrungsgemäß keine nennenswerte Rolle spielen. Zum Merkmalskatalog für die Gliederung der Investitionen nach den Bereichen Abfallwirtschaft, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung kamen Naturschutz und Landschaftspflege sowie Bodensanierung hinzu.

Neu angeordnet wurde die Statistik der laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz. Dazu zählen ausschließlich produktionsbezogene Maßnahmen zum Zwecke des Umweltschutzes, wie z. B. umweltrelevante Betriebskosten oder Gebühren und Beiträge für Abfall- und Abwasserentsorgung. Als repräsentative Stichprobe in jährlichem Turnus ist dies die einzige Umweltstatistik, die direkt vom Statistischen Bundesamt durchgeführt wird.

Ebenfalls neu ist die jährliche Erfassung des Umsatzes mit Waren, Bauleistungen und Dienstleistungen für den Umweltschutz. Sie erstreckt sich auf eine repräsentative Auswahl von Betrieben des Produzierenden Gewerbes, von Architektur- und Ingenieurbüros sowie von Instituten und Einrichtungen, die Dienstleistungen speziell für den Umweltschutz erbringen.

Schließlich ist alle vier Jahre eine Erhebung bei ausgewählten Investoren von Umweltschutzanlagen vorgesehen, um die Struktur der betreffenden Investitionen aufzuzeigen. Im Zu-

**Verwendung ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe 1996 bis 1999
nach ausgewählten Wirtschaftszweigen**

Jahr Wirtschaftszweig	Unternehmen	Verwendung	
		insgesamt	darunter als Kältemittel
	Anzahl	Metrische Tonnen	
1996	24	23,2	23,2
1997	29	28,2	27,6
1998	23	27,7	26,7
1999	25	31,2	30,3
darunter: Ernährungsgewerbe	4	2,3	2,3
Maschinenbau	7	16,6	16,6
Kälte-, Klimafachbetriebe	3	2,7	2,7
Kfz-Handel; Instandhaltung und Reparatur	6	1,9	1,9

Erhebungen zur Umweltökonomie (§§ 15, 16 UStatG)

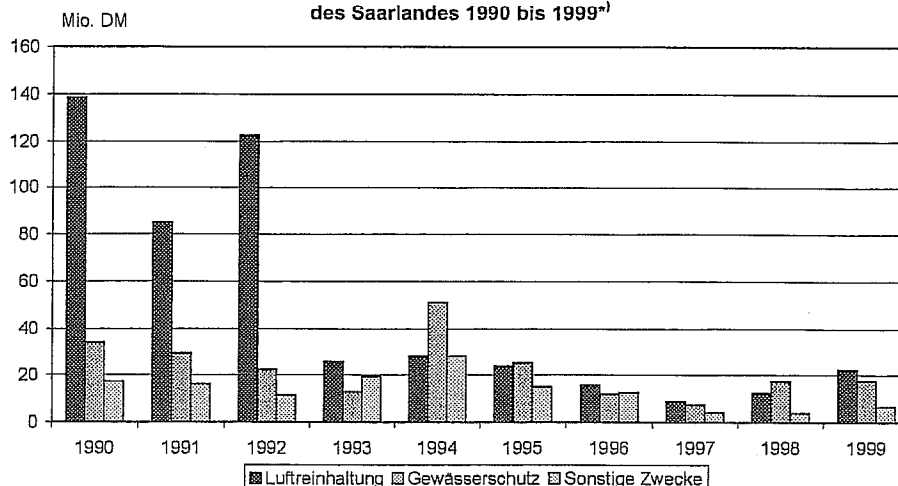
Im letzten Kapitel der Umweltstatistiken wird die volkswirtschaftliche Bedeutung des Umweltschutzes quantifiziert. Diesem Zweck dienen die Erhebungen

- der Investitionen für den Umweltschutz
- der laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz
- der Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz
- der Zusammensetzung der Investitionen für den Umweltschutz.

sammenhang mit den umweltrelevanten Waren und Dienstleistungen erhofft man sich weitere Erkenntnisse für eine quantitative Beurteilung des Umweltschutzmarktes.

Andere umweltrelevante Aspekte brauchten nicht in das Umweltstatistikgesetz aufgenommen zu werden, da sie traditionell bei den Landesumweltbehörden angesiedelt sind und dort regelmäßig nachgewiesen werden. Man denke beispielsweise an die Waldschadenserhebung oder die Messung der Luftschadstoffe.

**Umweltschutzzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe
des Saarlandes 1990 bis 1999^{*)}**



^{*)} Ab 1996 ohne Baugewerbe, 1998 und 1999 ohne Energie- und Wasserversorgung.

Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz

	Maß- einheit	1997	1998	1999
Umsatz mit Waren, die ausschließlich dem Umweltschutz dienen	Mio. DM	889,2	1 014,5	1 190,0
Umsatz mit Bauleistungen, die ausschließlich dem Umweltschutz dienen	Mio. DM	203,3	156,9	171,6
Umsatz mit Dienstleistungen, die ausschließlich dem Umweltschutz dienen	Mio. DM	132,1	55,1	24,6
Umsätze insgesamt	Mio. DM	1 224,6	1 226,5	1 386,2
davon im Verarbeitenden Gewerbe	Mio. DM	947,6	1 026,7	1 216,2
Baugewerbe	Mio. DM	160,5	145,7	146,1
Dienstleistungssektor	Mio. DM	116,5	54,1	23,9
davon für Luftreinhaltung	%	41,3	39,1	46,5
Lärmbekämpfung	%	33,0	36,7	36,2
Gewässerschutz	%	15,6	15,7	13,6
Abfallwirtschaft	%	9,2	7,7	2,9
Sonstige Zwecke	%	0,9	0,8	0,8

Abschließende Bemerkung

Der vorliegende Beitrag konnte wegen der Vielzahl der einzelnen Erhebungen, der Komplexität ihrer Inhalte und der teilweise noch bestehenden erfassungs- und aufbereitungstechnischen Probleme nur einen groben Überblick über die neuen Umweltstatistiken geben. Die Reform musste aufgrund der vielfältigen, z.T. gegensätzlichen Zielsetzung - drastische Ausweitung des Erhebungsprogramms hier, Sparzwang und Entlastung der Meldepflichtigen dort - mit unterschiedlichen Methoden angegangen werden.

So gibt es neben den Primärbefragungen (unmittelbar bei den Betriebsinhabern oder Anlagebetreibern) eine Reihe von Sekundärstatistiken (über Verwaltungsunterlagen bei Behör-

den). Die Primärbefragungen werden als Vollerhebungen oder als Teilerhebungen durchgeführt, wobei letztere als Stichproben konstruiert oder mit Abschnidegrenzen versehen sind. Etliche Einzelstatistiken waren völlig neu und erforderten viele Vorinformationen und fachliche Besprechungen, nicht nur innerhalb der amtlichen Statistik des Bundes und der Länder, sondern auch im Zusammenspiel mit Fachbehörden, Verbänden und weiteren Interessenvertretern, sei es auf Seiten der Datenlieferanten oder der Datennutzer. Breiten Raum bei der Vorbereitung der neuen Statistiken nahm der Aufbau der verschiedenen Berichtskreise ein. Dazu konnte nur zum Teil auf vorhandenes Anschriftenmaterial aus anderen Fachstatistiken zurückgegriffen werden. Oft dienten Fachverbände, Kammern oder Branchenverzeichnisse als Informationsquelle. Um die richtige Zuordnung zu einem Berichtskreis sicherzustellen, mussten umfangreiche Vorabumfragen bei den Betroffenen durchgeführt werden. Neue Nomenklaturen und Klassifikationen kamen hinzu, ohne die eine sinnvolle statistische Auswertung nicht möglich ist. Notwendig war es auch, die heranzuziehenden Betriebe und Verwaltungen rechtzeitig auf ihre Auskunftspflicht hinzuweisen, damit sie, z. B. im betrieblichen Rechnungswesen, entsprechende Aufzeichnungen vorbereiten konnten. Manche Erhebungen erwiesen sich erst sehr spät als problematisch, wenn z. B. Untere Wasserbehörden beim besten Willen nicht in der Lage waren, erstmals eine Liste aller vorhandenen Anlagen mit wassergefährdenden Stoffen vorzulegen.

Das Umweltstatistikgesetz von 1994 war von Anfang an nicht unumstritten und musste in den wenigen Jahren seines Bestehens bereits an mehreren Stellen, die offensichtlich nicht zeitgemäß waren, zurechtgestutzt werden. Bei dem ständigen Wandel, dem das Umweltbewusstsein und die Umweltbehandlung unterworfen sind, ist wohl auch in Zukunft zu erwarten, dass die statistische Beobachtung der Umwelt noch häufiger angepasst werden muss.

Öffentlicher Dienst

Alwin Baus

Alters- und Geschlechtsstruktur des Landespersonals

Vorbemerkung

Die Personalstandstatistik im öffentlichen Dienst erfasst jährlich zum Stichtag 30. Juni alle Personen, die in einem unmittelbaren Dienst- oder Arbeitsvertragverhältnis zu einer öffentlichen Dienststelle stehen und aus deren Haushaltsmitteln Gehalt, Vergütung oder Lohn beziehen. In § 2 des Finanz- und Personalstatistikgesetzes (FPStatG) ist aufgeführt, welche Bereiche zum öffentlichen Dienst als Berichtskreis der Personalstandstatistik zu zählen sind, wobei die Gebietskörperschaften, d. h. Bund, Länder und Kommunen, den Kernsektor bilden. Für die hier Beschäftigten wird in Form von Einzeldatensätzen ein umfangreicher Merkmalskatalog erhoben, zu dem neben mit der Tätigkeit verbundenen Merkmalen wie etwa Aufgabenbereich oder Vergütungsgruppe auch persönliche Angaben wie - ganz grundlegend - das Geschlecht und das Alter gehören.

Im Folgenden soll für das Landespersonal im Saarland die daraus ableitbare Alters- und Geschlechtsstruktur für das Jahr 2000 im Überblick dargestellt und mit der von 1990 verglichen werden.

Frauenanteil und Durchschnittsalter gestiegen

Das Saarland beschäftigte am 30.6.2000 in seinem unmittelbaren Dienst - dazu rechnen neben den Ministerien, Ämtern, Gerichten und sonstigen Landesbehörden auch die Schulen und Hochschulen, einschließlich der Hochschulkliniken - insgesamt 29 412 Personen; 13 251 davon waren Frauen, was einem Anteil von 45,1 % entspricht. Auch der Arbeitgeber Land hat damit

in seinem Bereich die angestrebte Frauenquote von 50 % noch nicht erreicht, er liegt jedoch zumindest über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnittswert von 42,2 %¹⁾. Seit 1990 hat sich der Anteil der Frauen im Landesdienst von 40,6 % deutlich erhöht, ohne dass dies allerdings mit einer absoluten Zunahme an weiblichem Personal verbunden gewesen wäre. Vielmehr ist diese Anteilserhöhung dadurch zustande gekommen, dass von der im fraglichen Zeitraum stattgefundenen Personalreduzierung (- 14,5 %) die Männer mit einem Minus von 20,9 % deutlich stärker betroffen waren als die Frauen mit - 5,0 %.²⁾

Für die Landesbediensteten errechnet sich zur Jahresmitte 2000 ein Durchschnittsalter von 43,4 Jahre, wobei die Männer mit fast 45 Jahren im Schnitt mehr als drei Jahre älter waren als ihre Kolleginnen mit 41,6 Jahren. Vor 10 Jahren lag das mittlere Beschäftigtenalter mit knapp über 40 Jahren nur drei Jahre unter dem heutigen Wert, der Altersabstand zwischen männlichen (41,6 Jahre) und weiblichen (38,2 Jahre) Bediensteten bestand auch bereits damals in der jetzigen Höhe.

Die meisten Beschäftigten zwischen 45 und 55 Jahre alt

Tabelle 1 und Graphik 1 geben einen ersten Überblick über die Alters- und Geschlechtsstruktur des Personals im Jahr 2000.

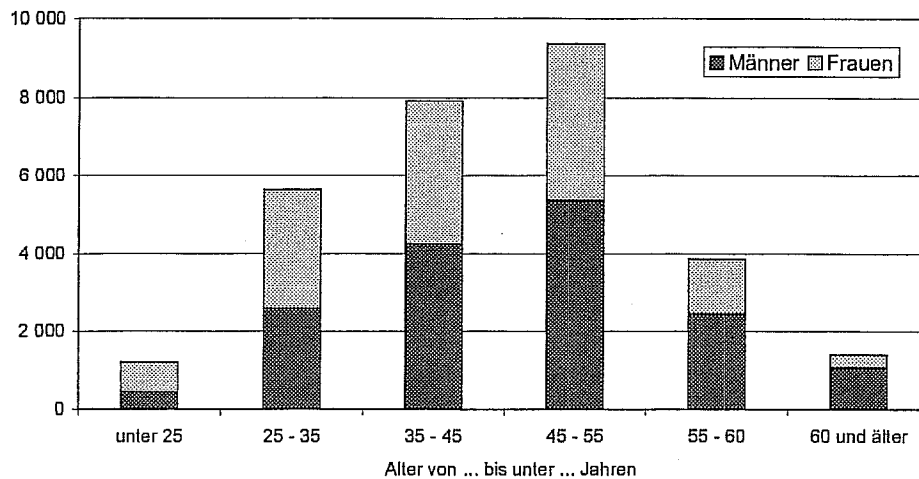
Die Besetzungszahlen steigen zunächst von Altersintervall zu Altersintervall stetig an. Die jüngste Gruppe der unter 25-Jährigen stellt mit gerade 4,1 % nur eine Minderheit unter den Beschäftigten dar. Bereits deutlich mehr, aber immer noch

Tabelle 1: Personal des unmittelbaren Landesdienstes am 30.6.2000 nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahre	Beschäftigte insgesamt		Männer		Frauen		
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anteil an Insgesamt
unter 25	1 212	4,1	448	2,8	764	5,8	63,0
25 - 35	5 637	19,2	2 581	16,0	3 056	23,1	54,2
35 - 45	7 922	26,9	4 247	26,3	3 675	27,7	46,4
45 - 55	9 370	31,9	5 362	33,2	4 008	30,2	42,8
55 - 60	3 863	13,1	2 450	15,2	1 413	10,7	36,6
60 und älter	1 408	4,8	1 073	6,6	335	2,5	23,8
Zusammen	29 412	100,0	16 161	100,0	13 251	100,0	45,1

1) Anteil der weiblichen Erwerbstätigen nach Mikrozensus 2000. 2) Neben echten Personaleinsparungen hat auch die Verlagerung von Aufgaben, und damit verbunden von Personal, wie etwa im Rahmen der sogenannten Kommunalisierung, zum Rückgang der Beschäftigtenzahl beigetragen.

Personal des unmittelbaren Landesdienstes nach Alter und Geschlecht am 30. Juni 2000



weniger als ein Fünftel des Personals sind zwischen 25 und unter 35 Jahre alt. In das mittlere Altersintervall von 35 bis 45 Jahre fallen gut ein Viertel der Landesbediensteten; Spitzenreiter in der Besetzungszahl ist schließlich das darüber liegende Altersjahrzehnt bis 55 Jahre, zu dem fast ein Drittel der Beschäftigten gehören. Älter sind noch rund 18 % des Personals.

Die Altersstrukturen von Männern und Frauen unterscheiden sich nicht grundlegend voneinander. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede zeigen sich vor allem an den Rändern der Altersskala: bei den Frauen sind die jüngeren Jahrgänge

links auf 42 Jahre verschoben. Das häufigste Alter, der sogenannte Modus, ist deutlich höher, es liegt einheitlich bei 51 Jahren und 3,7 % des Personals waren so alt.

Die Veränderungen in der Personalstruktur im Vergleich zu 1990 lassen sich aus Tabelle 2 ablesen.

1990 waren die Altersintervalle bis unter 45 Jahre deutlich stärker besetzt als heute; fast 63 % des Personals war unter 45 Jahre alt, nicht ganz 58 % bei den Männern und fast 70 % bei den Frauen. Das mittlere Altersjahrzehnt zwischen 35 und 45 Jahren war mit einem Anteil von knapp 30 % das meistbesetzte

Tabelle 2: Personal des unmittelbaren Landesdienstes 2000 und 1990

Alter von ... bis unter ... Jahre	Beschäftigte insgesamt			Männer			Frauen		
	Anzahl		Veränderung 2000/1990	Anzahl		Veränderung 2000/1990	Anzahl		Veränderung 2000/1990
	2000	1990	%	2000	1990	%	2000	1990	%
unter 25	1 212	2 340	- 48,2	448	897	- 50,1	764	1 443	- 47,1
25 - 35	5 637	9 048	- 37,7	2 581	4 933	- 47,7	3 056	4 115	- 25,7
35 - 45	7 922	10 140	- 21,9	4 247	5 978	- 29,0	3 675	4 162	- 11,7
45 - 55	9 370	9 253	1,3	5 362	6 025	- 11,0	4 008	3 228	24,2
55 - 60	3 863	2 697	43,2	2 450	1 899	29,0	1 413	798	77,1
60 und älter	1 408	903	55,9	1 073	700	53,3	335	203	65,0
Zusammen	29 412	34 381	- 14,5	16 161	20 432	- 20,9	13 251	13 949	- 5,0

stärker besetzt als bei den Männern, ab dem Alter von 45 Jahren ist es umgekehrt. Damit zusammenhängend sinkt der Frauenanteil von Altersgruppe zu Altersgruppe, beginnend bei 63 % bei den jüngsten bis zu unter einem Viertel bei den ältesten Beschäftigten.

Als Median für das Beschäftigtenalter - der (Zentral-)Wert, der die Verteilung halbiert, d. h. jeweils 50 % der Beschäftigten sind jünger oder älter - ergibt sich 44 Jahre. Bei den Männern ist der Wert nach rechts auf 46 Jahre, bei den Frauen nach

te. Bei den Männern hat sich seit 1990 nur die Zahl der mindestens 55-Jährigen erhöht, bei den Frauen ist auch bereits in dem Altersjahrzehnt ab 45 Jahre eine Zunahme zu verzeichnen.

Vergleicht man die altersmäßig gegliederten Daten für 2000 zeilenversetzt mit denen für 1990, so lassen sich aus dieser Gegenüberstellung Rückschlüsse hinsichtlich der - allgemein als gering unterstellten - Fluktuation im öffentlichen Dienst ableiten.³⁾ Die Relationen für die beiden wichtigsten Altersinter-

3) Einschränkung zu den folgenden Aussagen muss gesagt werden, dass, da aus Datenschutzgründen ein eindeutiges Identifikationsmerkmal für den einzelnen Beschäftigten fehlt, sich nicht zweifelsfrei feststellen lässt, ob es sich in beiden Jahren tatsächlich um dieselben Personen handelt.

valle 35 bis 45 Jahre und 45 bis 55 Jahre bestätigen insoweit die geäußerte Vermutung, als sich im Jahr 2000 noch 88 % bzw. 92 % der Beschäftigten aus 1990 wiederfinden. Bemerkenswert dabei ist, dass in beiden Fällen die Prozentsätze bei den Frauen höher sind - 89 % gegenüber 86 % bzw. 96 % gegenüber 90 % - als bei den Männern. Am Ende der Altersskala sind von den über 9 000 Beschäftigten, die 1990 zwischen 45 und 55 Jahre alt waren, 10 Jahre später nur noch 5 271, d. h. noch 57 % im Dienst; die unterschiedlichen Altersgrenzen für den Renten-/Ruhestandsbeginn dürften ein wesentlicher Grund dafür sein, dass hier der Anteil mit 58,5 % bei den Männern höher liegt als bei den Frauen mit 54,2 %. Entgegen dem sonstigen Entwicklungsmuster ist die Zahl der 25 bis 35-Jährigen 2000 auf fast das Zweieinhalbfache der Besetzungszahl des Eingangsintervalls von 1990 angestiegen. Die Erklärung ist in erster Linie darin zu sehen, dass hier nicht nur die Neueinstellungen und übernommenen Auszubildenden des Jahres 1990, sondern auch der darauffolgenden Jahre versammelt sind; zudem fällt im höheren Dienst der Berufseinstieg generell in diese Altersklasse.

Teilzeitbeschäftigte überwiegend Frauen

Wird der Umfang der Beschäftigung mit in die Strukturbeurteilung einbezogen, so zeigen sich zunächst hinsichtlich der Geschlechterproportion deutliche Unterschiede zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten. Von den Ende Juni 2000 beim Land Beschäftigten waren insgesamt mehr als drei Viertel (77 %) vollzeittätig; bei den Männern steigt dieser Prozentsatz auf fast 93 %, während er bei den Frauen auf 57,8 % absinkt. Daraus resultiert eine Frauenquote von nur

Fünftel von ihnen sind Frauen. In den beiden meistbesetzten Altersintervallen liegt der Frauenanteil sogar bei über 90 %.

Aufgrund des höheren Männeranteils liegt das Durchschnittsalter der Vollzeitbeschäftigten etwas über dem allgemeinen Mittelwert; umgekehrt gilt dies für die Teilzeitbeschäftigten. Ansonsten existieren keine gravierenden Unterschiede in der Altersstruktur von Voll- und Teilzeitbeschäftigten.

1990 handelte es sich noch bei über 80 % des Landespersonals um Vollzeitbeschäftigte, wobei damals mit 62,1 % mehr Frauen als heutzutage arbeiteten; der Prozentsatz bei den Männern ist dagegen nahezu konstant geblieben. Aufgrund der geschilderten Personalentwicklung hat sich der Frauenanteil unter den Vollzeitbeschäftigten trotzdem gegenüber 1990 (31,3 %) erhöht.

Geringster Frauenanteil und höchstes Durchschnittsalter in Beamtschaft

Deutliche Unterschiede hinsichtlich der Geschlechts- und Altersstruktur werden bei der Gliederung des Personals nach den einzelnen Arten des Beschäftigungsverhältnisses offenbar.

Mit einem Anteil von wenig über einem Drittel sind die Frauen unter den verbeamteten Bediensteten, die mit 55 % die größte Dienstartgruppe bilden, mit Abstand am schwächsten vertreten. Dagegen stellen sie mit über 60 % die Mehrheit der Angestellten und auch bei den Lohnempfängern haben sie mit 48,3 % die Parität nahezu erreicht. Gegenüber 1990 hat sich aber gerade die Frauenpräsenz in der Beamtschaft am stärksten erhöht: nicht nur ihre Quote ist von damals 27,3 % angestiegen, auch die Absolutzahl der Beamtinnen hat als einzige zugenommen (+ 15,2 %). Die Zahl der verbeamteten Beschäftigten insgesamt ist dage-

Tabelle 3: Personal des unmittelbaren Landesdienstes am 30.6.2000 nach Altersgruppen und Umfang der Beschäftigung

Alter von ... bis unter ... Jahre	Vollzeitbeschäftigte			T1-Teilzeitbeschäftigte ¹⁾			T2-Teilzeitbeschäftigte ¹⁾		
	Anzahl	Anteil	Frauenanteil	Anzahl	Anteil	Frauenanteil	Anzahl	Anteil	Frauenanteil
unter 25	1 012	4,5	66,3	26	0,4	84,6	174	23,9	40,8
25 - 35	3 942	17,4	48,3	1 283	21,3	75,4	412	56,7	44,7
35 - 45	5 975	26,4	31,6	1 862	30,8	92,2	85	11,7	82,4
45 - 55	7 490	33,1	30,2	1 843	30,5	93,0	37	5,1	89,2
55 - 60	3 045	13,4	23,9	806	13,4	83,5	12	1,7	100,0
60 und älter	1 184	5,2	16,9	217	3,6	59,9	7	1,0	71,4
Zusammen	22 648	100,0	33,8	6 037	100,0	86,5	727	100,0	51,6

¹⁾ T1-Teilzeitbeschäftigte: mit mindestens der Hälfte der normalen Arbeitszeit; T2-Teilzeitbeschäftigte: mit weniger als der Hälfte der normalen Arbeitszeit, ohne geringfügig Beschäftigte.

knapp über einem Drittel (33,8 %) bei den Vollzeitkräften, also 11 Prozentpunkte bzw. ein Viertel niedriger als die allgemeine Quote. Besonders groß ist die Diskrepanz bei den 35 bis 45-Jährigen, für die sich insgesamt ein Frauenanteil von 46,4 %, beim Vollzeitpersonal aber nur von 31,6 % ergibt.

Bei den Teilzeitbeschäftigten besteht dagegen ein klares Übergewicht der weiblichen Beschäftigten, mehr als vier

gen um 8,4 % zurückgegangen, ebenso wie die Zahl der Angestellten (- 15,4 % insgesamt bzw. - 9,9 % für die weiblichen Angestellten) und auch der Arbeiter und Arbeiterinnen (jeweils rund - 39 %).

Für die Beschäftigten im Beamtenverhältnis errechnet sich 2000 mit 45,6 Jahre das höchste Durchschnittsalter. Lediglich 40,5 % von ihnen waren noch unter 45 Jahre alt, während dieser

**Tabelle 4: Personal des unmittelbaren Landesdienstes am 30.6.2000
nach Altersgruppen und Art des Dienstverhältnisses**

Alter von ... bis unter ... Jahre	Beamte/-innen			Angestellte			Arbeiter/-innen		
	Anzahl	Anteil	Frauenanteil	Anzahl	Anteil	Frauenanteil	Anzahl	Anteil	Frauenanteil
unter 25	384	2,4	62,2	754	6,9	68,2	74	3,3	14,9
25 - 35	2 385	14,7	51,2	2 939	26,9	59,5	313	13,8	26,8
35 - 45	3 789	23,4	30,5	3 343	30,6	65,5	790	34,8	41,8
45 - 55	6 030	37,2	33,6	2 657	24,3	59,0	683	30,1	60,5
55 - 60	2 597	16,0	27,4	951	8,7	52,1	315	13,9	65,4
60 und älter	1 027	6,3	19,7	284	2,6	28,2	97	4,3	54,6
Zusammen	16 212	100,0	34,3	10 928	100,0	60,4	2 272	100,0	48,3

Anteil bei den Angestellten bei fast 64 % und bei den Arbeiterinnen bei 52 % liegt. Letztere sind die einzige Dienststartgruppe, in der die weiblichen Beschäftigten im Durchschnitt älter - über 5 Jahre - als ihre Kollegen sind.

Gehobener Dienst überaltert

Einen Überblick über die Alters- und Geschlechtsstruktur des verbeamteten und angestellten Landespersonals nach Laufbahngruppen gibt Tabelle 5.

Dem höheren Dienst gehören rund ein Viertel der Beschäftigten an, noch nicht einmal ein Drittel von ihnen sind Frauen. Am stärksten besetzt ist die Laufbahn des gehobenen Dienstes, wo der Frauenanteil bei 42,5 % liegt. Die Mehrheit stellen die weiblichen Beschäftigten mit über 60 % im mittleren und einfachen Dienst, der insgesamt rund 28 % des Personals umfasst.

Während die Angehörigen des mittleren und einfachen Dienstes mit 40 Jahren ebenso wie die des höheren Dienstes mit rund 43 Jahren im Schnitt etwas jünger sind als das Personal insgesamt, liegt das Durchschnittsalter im gehobenen Dienst mit 46 Jahren klar über dem allgemeinen Mittelwert. Nur 37 % der Beschäftigten im gehobenen Dienst - bei den Männern sind es sogar weniger als ein Drittel - sind noch unter 45 Jahre alt; dagegen gibt es eine Konzentration auf das Altersintervall von 45 bis 55 Jahre, in das allein 40,5 % der Beschäftigten dieser Laufbahngruppe fallen.

Hochschulklinik mit höchstem Frauenanteil und niedrigstem Durchschnittsalter

Bei der Gliederung des Personals nach Tätigkeitsbereichen wird eine Präferenz der weiblichen Beschäftigten für den Bildungssektor, insbesondere die Schulen, deutlich. Etwas mehr als die Hälfte aller Frauen findet hier ihr Tätigkeitsfeld und ihr Beschäftigtenanteil liegt bei ebenfalls über 50 %. Zweiter Arbeitsschwerpunkt der weiblichen Landesbediensteten sind die Hochschulkliniken; hier sind mehr als ein Fünftel (22,5 %) von ihnen tätig und die Frauenquote erreicht den Spitzenwert von 69 %. Die geringsten Anteile weiblicher Beschäftigten weisen der Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung - hierzu rechnet die Polizei - und das Verkehrs- und Nachrichtenwesen mit jeweils nur rund 12,5 % aus.

Die Hochschulkliniken besitzen nicht nur den höchsten Anteil weiblicher Beschäftigten, ihr Personal ist auch mit Abstand das jüngste: das Durchschnittsalter liegt bei ihnen als einzigen unter 40 Jahre und der Anteil der über 45-Jährigen beträgt noch kein Drittel; nur auf die Vollzeitbeschäftigten abgestellt, verbessern sich diese Werte noch. Im Bereich der Schulen zeigt sich dagegen eine deutliche Überalterung des Lehrkörpers. Das Durchschnittsalter tendiert gegen Ende 40 und der Anteil der über 45-Jährigen erreicht Spitzenwerte von über drei Viertel; unter den Vollzeitkräften sind die Altersangaben noch weiter erhöht.

**Tabelle 5: Personal des unmittelbaren Landesdienstes am 30.6.2000
nach Alters- und Laufbahngruppen**

Alter von ... bis unter ... Jahre	Höherer Dienst			Gehobener Dienst			Mittlerer und einfacher Dienst		
	Anzahl	Anteil	Frauenanteil	Anzahl	Anteil	Frauenanteil	Anzahl	Anteil	Frauenanteil
unter 25	193	2,5	41,5	371	3,3	55,0	574	7,0	81,7
25 - 35	2 127	28,1	40,3	1 450	12,8	66,9	1 747	21,3	65,5
35 - 45	1 528	20,2	39,9	2 372	20,9	40,9	3 232	39,4	54,6
45 - 55	2 143	28,3	26,9	4 599	40,5	40,2	1 945	23,7	60,2
55 - 60	990	13,1	17,3	1 980	17,4	34,2	578	7,0	62,1
60 und älter	599	7,9	12,0	589	5,2	27,8	123	1,5	37,4
Zusammen	7 580	100,0	31,2	11 361	100,0	42,5	8 199	100,0	60,4

Tabelle 6: Landespersonal am 30.6.2000 nach ausgewählten Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	Beschäftigte insgesamt				Darunter: Vollzeitbeschäftigte			
	Anzahl	Anteil Frauen	Anteil der mindestens 45-Jährigen	Durchschnittsalter	Anzahl	Anteil Frauen	Anteil der mindestens 45-Jährigen	Durchschnittsalter
		v.H.		Jahre		v.H.		Jahre
Kernhaushalt	24 579	41,3	53,3	44,2	18 894	29,6	55,8	44,8
Allgemeine Dienste	9 509	30,7	46,2	43,1	8 413	22,7	47,3	43,1
Politische Führung und zentrale Verwaltung	3 806	41,6	52,7	44,7	3 183	31,9	55,8	45,0
Politische Führung ¹⁾	1 710	45,6	51,6	44,8	1 432	36,3	54,8	45,2
Steuer- und Finanzverwaltung	1 855	38,7	52,8	44,2	1 549	28,4	56,0	44,5
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 393	12,4	41,9	42,2	3 252	9,0	41,7	42,1
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	13 277	51,1	59,1	45,0	8 920	38,2	65,3	46,6
Grund- und Hauptschulen	2 387	70,4	75,4	48,3	1 256	49,4	87,6	51,5
Sonderschulen	841	63,7	58,3	45,1	657	54,9	56,8	44,7
Gymnasien	1 648	38,8	75,9	49,6	1 227	25,8	78,2	49,9
Gesamtschulen	716	55,0	60,6	45,4	548	44,5	64,8	46,0
Erweiterte Realschulen	1 310	54,5	71,0	47,9	865	39,9	81,0	49,8
Berufliche Schulen	1 465	36,6	74,8	48,8	1 238	27,4	77,1	49,2
Hochschulen	3 834	43,1	36,6	40,1	2 190	30,6	48,2	43,0
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	601	12,5	32,3	41,2	537	7,3	29,1	40,4
Sonderrechnungen	4 833	63,9	32,1	39,6	3 754	55,0	31,2	38,9
Hochschulkliniken	4 318	69,0	30,8	39,2	3 293	60,8	29,9	38,4
Alle Bereiche	29 412	45,1	49,8	43,4	22 648	33,8	51,7	43,8

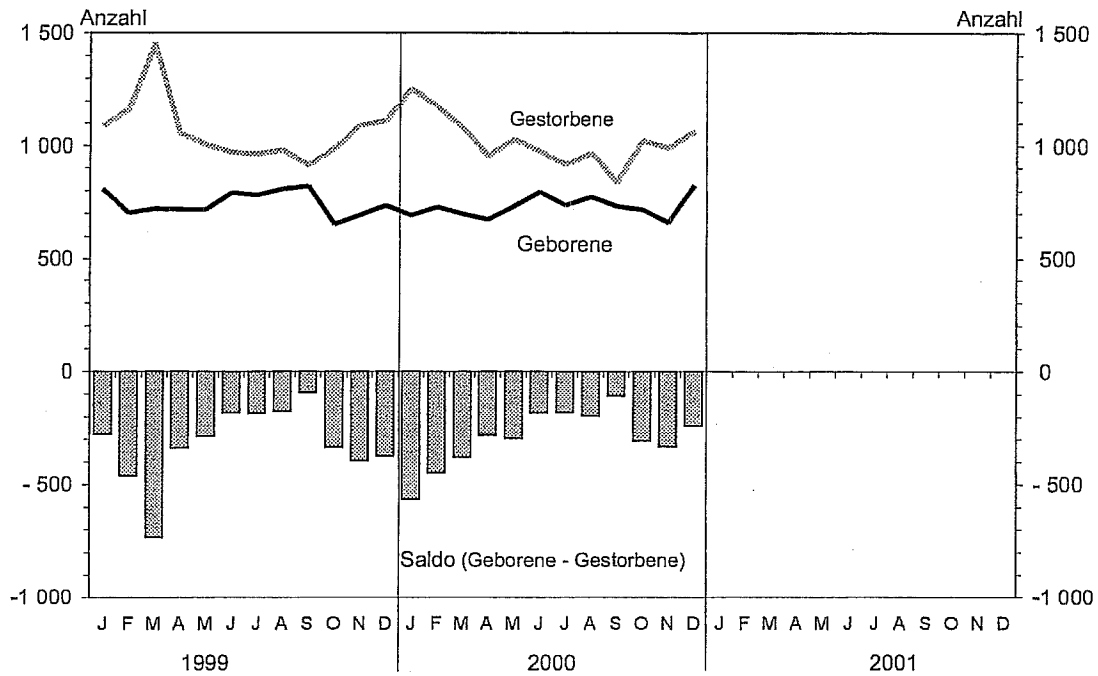
1) Landtag, Ministerien, Rechnungshof.

Schlussbemerkung

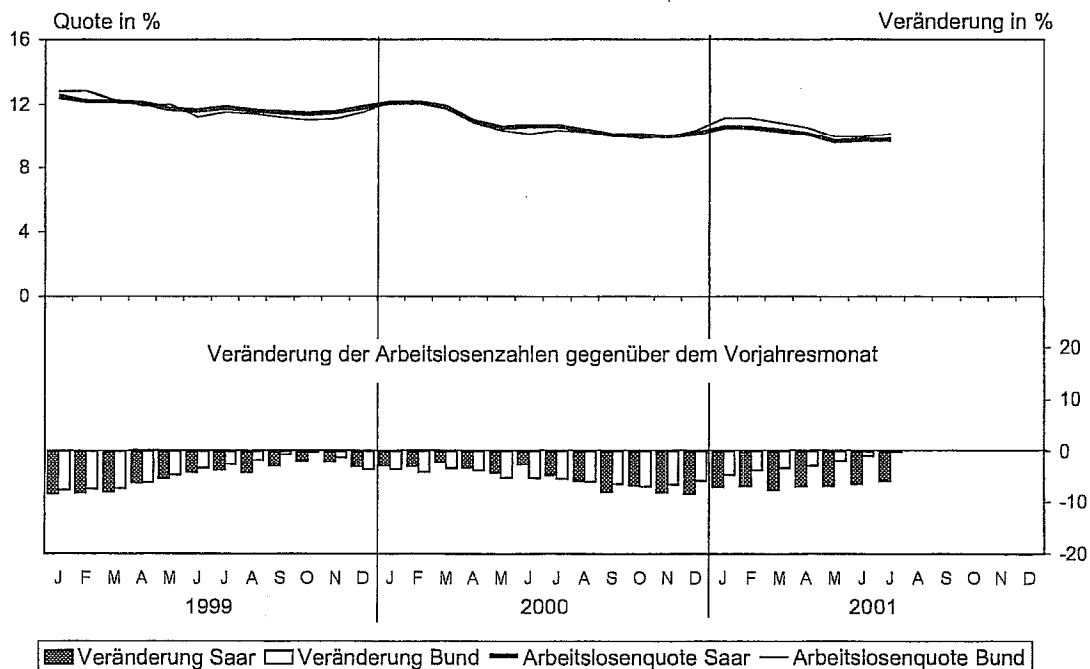
Wie ansatzweise dargelegt, sind mit den Angaben aus der Personalstandstatistik vielfältige und eingehende Analysen der Beschäftigungssituation im öffentlichen Dienst möglich. Kombiniert mit den Ergebnissen der Versorgungsempfängerstatistik bilden sie auch die Grundlage für Prognosen über die Beschäftigungsentwicklung und über die Belastung der öffent-

lichen Haushalte durch Personalausgaben, wie sie etwa der jede Wahlperiode erscheinende Versorgungsbericht der Bundesregierung enthält. Des Weiteren werden die Ergebnisse der Personalstandstatistik speziell für Beamte und Beamtinnen zur Ergänzung der Daten für die sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten benötigt, um einen umfassenden, auch regional tiefgegliederten allgemeinen Erwerbstätigennachweis erstellen zu können.

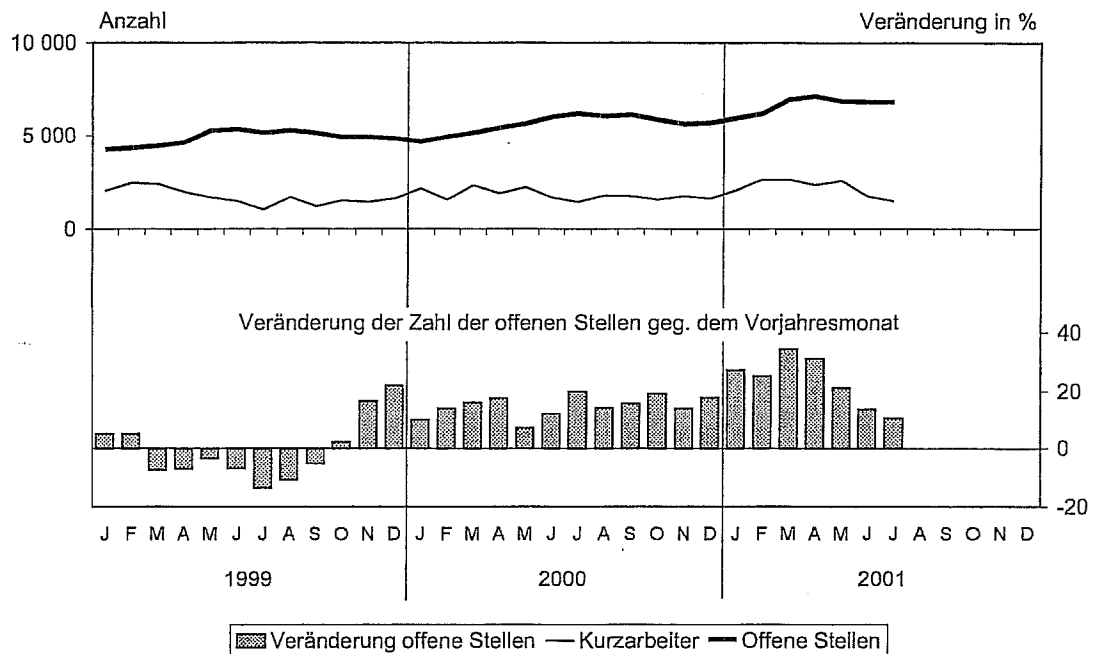
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG IM SAARLAND



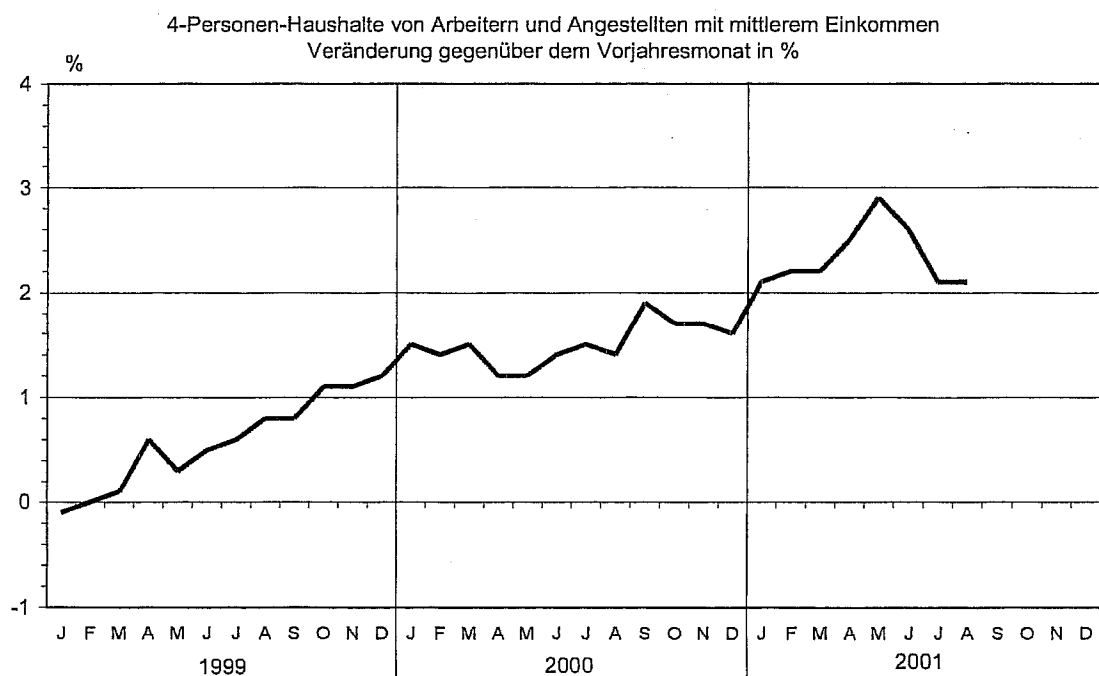
ARBEITSLOSE



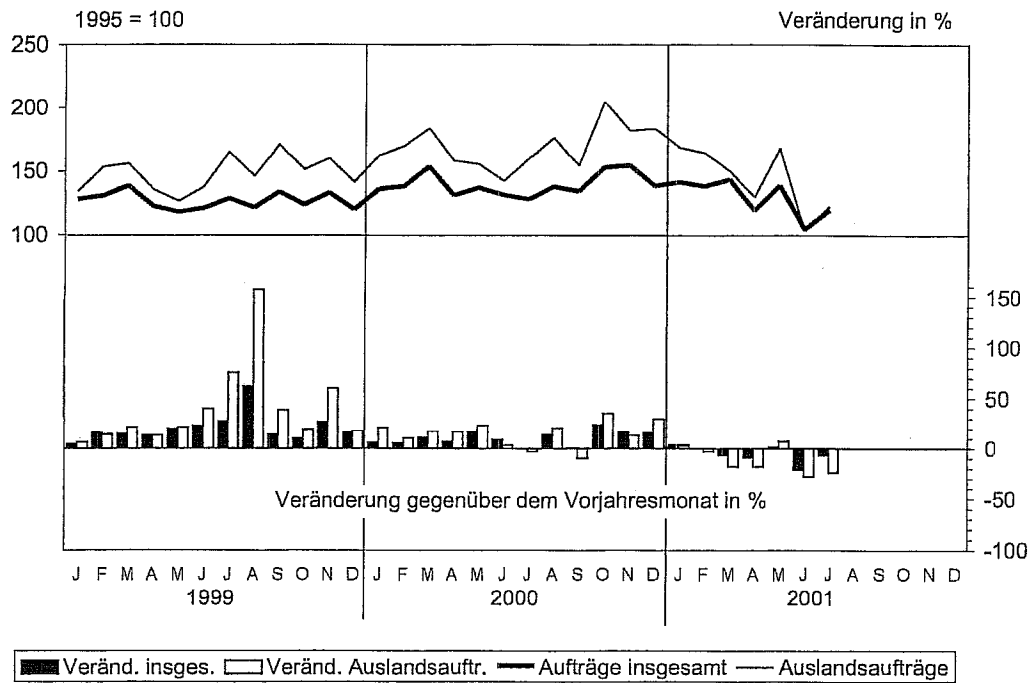
KURZARBEITER UND OFFENE STELLEN IM SAARLAND



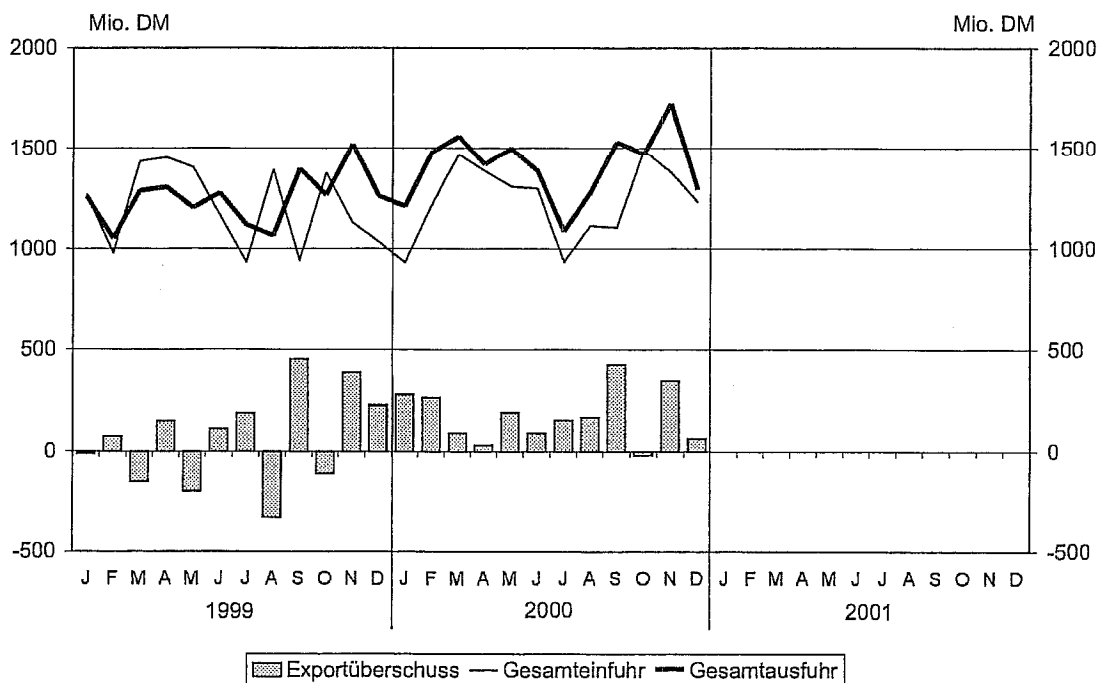
PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG IM SAARLAND



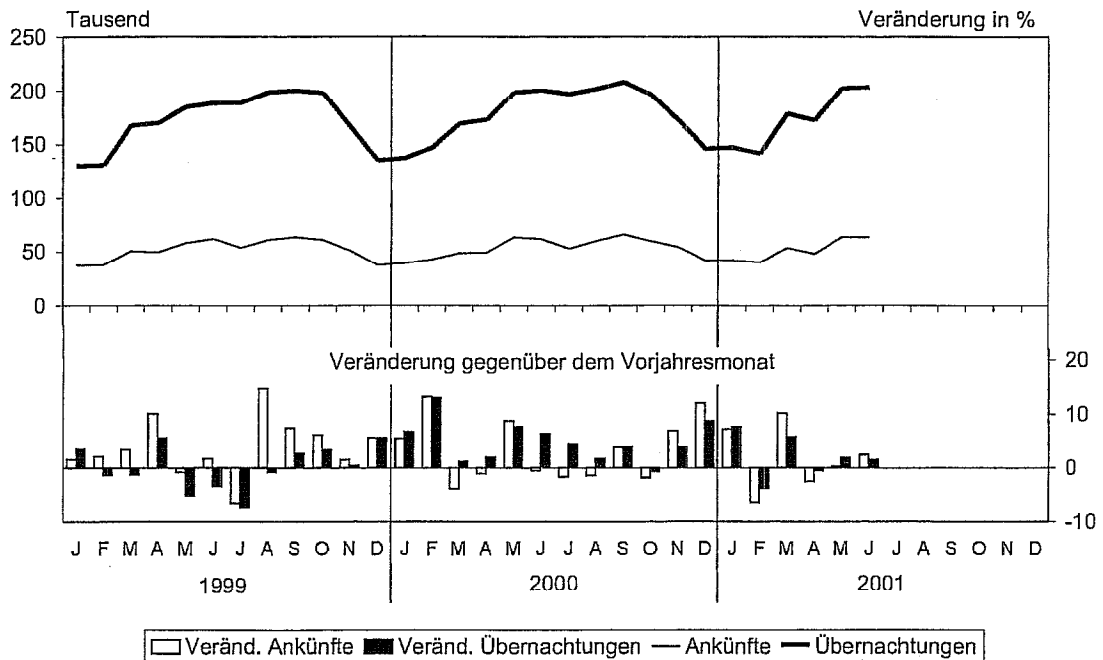
AUFTRAGSEINGANGSINDEX VERARBEITENDES GEWERBE IM SAARLAND



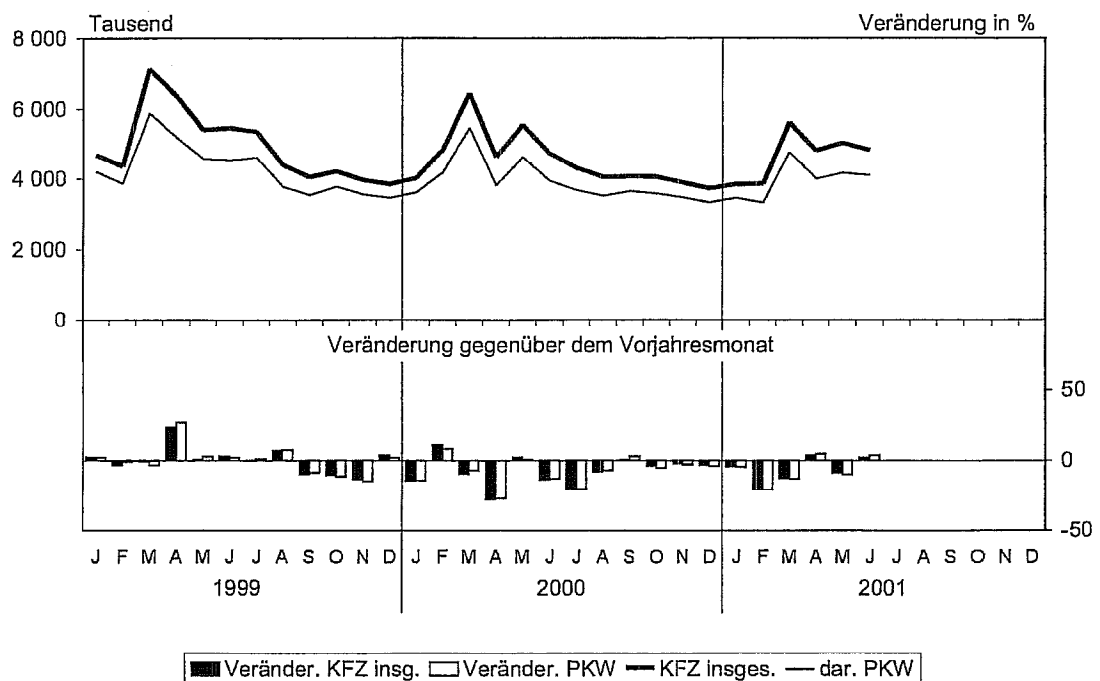
AUSSENHANDEL IM SAARLAND



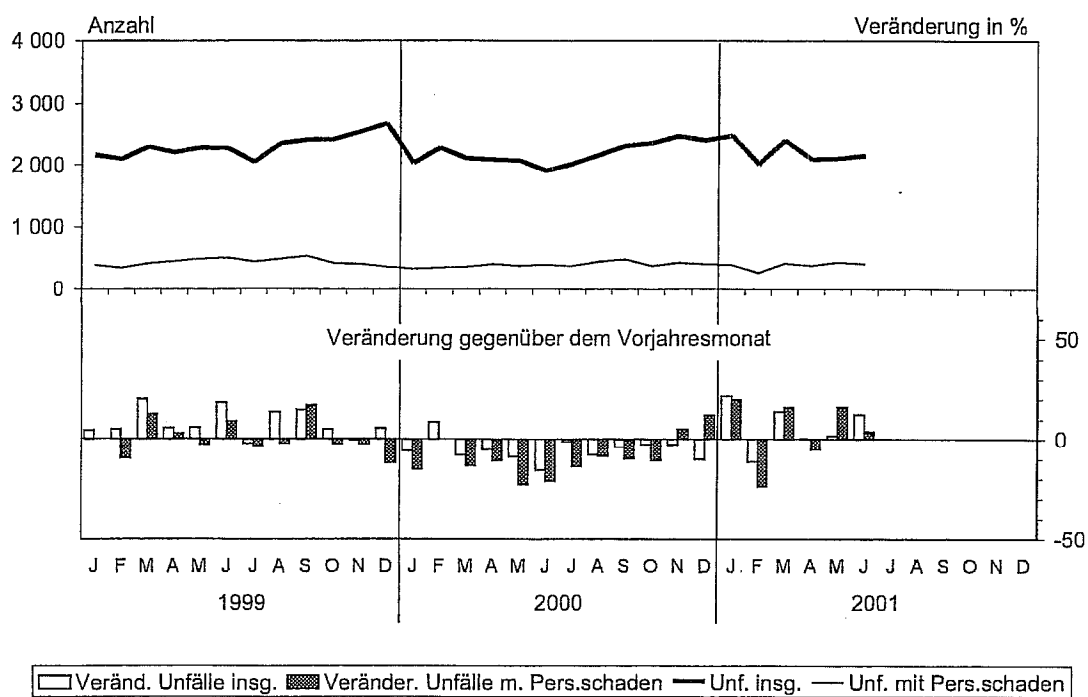
GÄSTEANKÜNFTE UND -ÜBERNACHTUNGEN IM SAARLAND



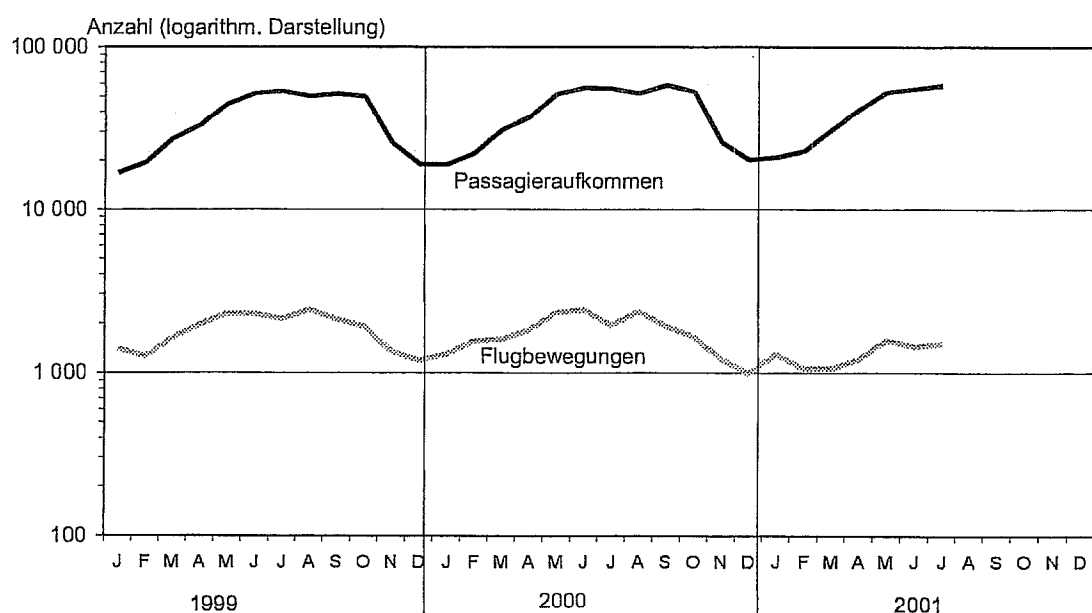
KFZ - NEUZULASSUNGEN IM SAARLAND



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE IM SAARLAND



LUFTVERKEHR FLUGHAFEN SAARBRÜCKEN



ZAHLENSPIEGEL

Saarland

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000	2000			2001			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Bevölkerung und Erwerbs- tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	1 072,6	...	1 069,9	1 069,8	1 069,5
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	513	...	348	605	681
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,7
* Lebendgeborene	Anzahl	745	...	673	731	796
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	1 065	...	955	1 028	977
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,9
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	4	...	2	5	4
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	5,6
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 320	...	- 282	- 297	- 181
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,6
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	1 629	...	1 336	1 367	1 336
* Ausländer	Anzahl	684	...	610	574	469
Erwerbstätige	Anzahl	/	...	/	/	/	/	/	/	/
* Fortgezogene	Anzahl	1 537	...	1 292	1 217	1 442
* Ausländer	Anzahl	526	...	456	415	487
Erwerbstätige	Anzahl	/	...	/	/	/	/	/	/	/
* Wanderungssaldo	Anzahl	+ 93	...	+ 44	+ 150	- 106
Ausländer	Anzahl	+ 158	...	+ 154	+ 159	- 18
Erwerbstätige	Anzahl	/	...	/	/	/	/	/	/	/
* innerhalb des Landes Umgezogene	Anzahl	2 808	...	2 306	2 586	2 636
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte¹⁾										
Anzahl	Anzahl	351 116
* Frauen	Anzahl	141 027
* Ausländer	Anzahl	32 998
* Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	47 806
* darunter Frauen	Anzahl	40 941
nach Wirtschaftsabschnitten ²⁾										
Bergbau	Anzahl	11 549
* darunter Frauen	Anzahl	508
Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	102 630
* darunter Frauen	Anzahl	21 500
Energie- und Wasserversorgung	Anzahl	4 651
* darunter Frauen	Anzahl	777
Baugewerbe	Anzahl	22 983
* darunter Frauen	Anzahl	2 242
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Anzahl	76 066
* darunter Frauen	Anzahl	36 984
Kredit- und Versicherungsgewerbe	Anzahl	12 810
* darunter Frauen	Anzahl	7 024
Grundstückswesen, Vermietung, Dienst- leistungen für Unternehmen	Anzahl	35 191
* darunter Frauen	Anzahl	15 939
Öffentliche Verwaltung u. ä.	Anzahl	19 342
* darunter Frauen	Anzahl	9 720
Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung)	Anzahl	64 333
* darunter Frauen	Anzahl	45 775
* Arbeitslose	Anzahl	50 130	47 766	48 964	47 230	47 842	46 295	45 562	43 972	44 755
* darunter Frauen	Anzahl	20 032	19 761	20 041	19 531	20 077	18 803	18 720	18 318	18 972

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000	2000			2001			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Arbeitslosenquote	%	11,9	10,8	10,9	10,5	10,6	10,3	10,1	9,6	9,7
* insgesamt	%	11,4	10,4	10,2	9,9	10,2	9,6	9,5	8,9	9,2
* Frauen	%	12,2	11,1	11,4	10,9	10,9	10,8	10,5	10,1	10,2
* Männer	%	25,7	22,5	22,3	21,4	21,1	22,4	22,0	24,0	24,0
* Ausländer	%	9,1	8,2	8,2	7,4	8,9	7,3	7,2	5,5	6,7
* Jugendliche im Alter von unter 20 Jahren	%	4 838	5 576	5 428	5 642	5 991	6 930	7 108	6 839	6 821
* Offene Stellen	Anzahl	1 643	1 829	1 898	2 226	1 675	2 635	2 343	2 570	1 745
* Kurzarbeiter	Anzahl									
Landwirtschaft										
Viehbestand ³⁾										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	Anzahl	61 100	60 256	.	60 256	.	.	.	61 078	.
Milchkühe	Anzahl	16 234	15 048	.	15 048	.	.	.	15 579	.
Schweine	Anzahl	27 095	23 505	.	23 505	.	.	.	23 646	.
Schlachtmengen ⁴⁾										
darunter	t	407	406	434	377	313	514	395	362	327
* Rinder	t	201	210	217	173	145	293	185	174	155
* Kälber	t	9	10	14	6	6	12	11	7	4
* Schweine	t	192	180	196	194	157	200	193	177	165
* Konsumeier	1 000	2 546	2 823	2 765	2 934	2 989	2 743	2 956	2 903	2 712
* Geflügelfleisch	t	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	7,5	7,4	7,7	8,0	7,6	7,6	7,6	7,5	7,6
an Molkereien und Händler geliefert	1 000 t	7,3	7,2	7,5	7,7	7,4	7,4	7,4	7,3	7,4
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,5	15,6	15,8	16,4	15,7	16,5	16,5	16,7	16,9
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁵⁾										
Betriebe	Anzahl	550	539	540	539	539	528	528	527	526
* Beschäftigte ⁶⁾	1 000	107	106	105	105	106	105	104	104	105
* darunter Arbeiter ⁷⁾	1 000	80	79	79	79	79	78	78	78	78
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000 Std.	10 196	10 108	9 720	10 980	9 619	10 976	9 456	10 121	9 506
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	560	575	536	605	590	552	564	651	624
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	385	395	368	422	399	383	383	441	399
* Bruttogehaltssumme	Mio. DM	175	180	168	183	191	169	181	210	225
Kohleverbrauch	1 000 G J ⁸⁾	4 975	5 673	.	.	5 547	5 599	.	.	5 509
Gasverbrauch	Mio. kWh	516	557	.	.	470	595	.	.	679
Heizölverbrauch	1 000 t	4	4	.	.	3	5	.	.	3
leichtes Heizöl	1 000 t	2	2	.	.	2	2	.	.	2
schweres Heizöl	1 000 t	2	2	.	.	1	3	.	.	1
Stromverbrauch	Mio. kWh	351	365	357	381	348	402	367	370	352
Stromerzeugung	Mio. kWh	25	23	22	23	21	23	19	19	18
* Gesamtumsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mio. DM	2 829	3 038	2 857	3 339	3 031	3 856	3 141	3 429	3 136
* darunter Auslandsumsatz	Mio. DM	1 101	1 211	1 182	1 379	1 248	1 719	1 371	1 470	1 285
* Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁹⁾										
1995=100		114,8	121,4	.	.	121,0	125,6	.	.	122,4
Kohlenbergbau	1995=100	77,8	70,0	.	.	73,2	64,4	.	.	59,4
Ernährungsgewerbe	1995=100	105,3	110,0	.	.	108,9	102,4	.	.	105,6
Metallerzeugung- und -bearbeitung	1995=100	97,4	112,1	.	.	112,0	114,9	.	.	114,1
Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen (EGKS)	1995=100	94,8	110,9	.	.	109,9	111,9	.	.	109,3
Maschinenbau	1995=100	135,5	130,6	.	.	132,1	140,5	.	.	137,4
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	1995=100	154,6	173,6	.	.	173,3	191,5	.	.	181,6
* Vorleistungsgüterproduzenten	1995=100	110,2	119,6	.	.	117,3	120,3	.	.	115,7
* Investitionsgüterproduzenten	1995=100	127,7	130,2	.	.	132,4	140,9	.	.	139,9
* Verbrauchsgüterproduzenten	1995=100	108,9	113,3	.	.	126,6	122,1	.	.	110,8
* Verbrauchsgüterproduzenten	1995=100	97,9	101,3	.	.	100,0	109,9	.	.	110,3

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000	2000			2001			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Index des Auftragseingangs (Wertindex)¹⁰⁾										
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1995=100	126,5	139,5	131,0	137,1	131,5	143,5	119,1	139,0	104,4
* Inland	1995=100	112,5	120,2	113,2	125,0	124,4	139,0	112,1	120,2	105,2
* Ausland	1995=100	148,3	169,4	158,5	155,8	142,4	150,4	129,8	168,1	103,2
* Vorleistungsgüterproduzenten	1995=100	115,3	139,8	138,9	136,5	155,0	141,5	127,9	153,3	117,1
* Investitionsgüterproduzenten	1995=100	139,4	141,1	123,1	138,0	107,6	146,3	110,0	125,4	91,0
* Gebrauchsgüterproduzenten	1995=100	122,1	124,6	130,7	146,4	131,5	148,4	122,2	137,0	116,4
* Verbrauchsgüterproduzenten	1995=100	103,7	107,4	111,7	103,1	88,8	107,6	99,4	81,7	71,9
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Verwertbare Steinkohlenförderung ¹¹⁾	1 000 t	534	478	520	555	442	451	378	386	450
Roheisen	1 000 t	301	338	324	357	324	355	327	339	312
Rohstahl	1 000 t	355	413	394	435	398	447	406	416	377
Walzstahlfertigerzeugnisse	1 000 t	254	298	276	333	231	327	297	298	272
Handwerk										
Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	1998=100	94,6	94,5	.	.	94,6	90,9	.	.	91,1
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1998=100	105,1	106,0	.	.	107,8	97,2	.	.	109,2
Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	1 004	1 004	994	728	716
* Stromverbrauch	Mio. kWh	705	731	707	683	645
Gaserzeugung	Mio. m³	45	42	39	39	37	43	42	46	44
Gasverbrauch	Mio. kWh	719	705	668	442	324	1 026	815	452	392
Bauwirtschaft und Wohnungs- wesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau¹²⁾										
* Beschäftigte ⁶⁾	Anzahl	11 746	11 716	11 701	11 776	11 870	11 434	11 447	11 493	11 415
darunter Facharbeiter	Anzahl	5 759	5 873	5 788	5 864	5 997	5 754	5 774	5 730	5 588
* Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000 Std.	1 174	1 173	1 131	1 388	1 216	1 091	1 100	1 265	1 192
* für Wohnungsbau	1 000 Std.	389	407	372	466	433	355	377	422	422
* für gewerblichen Hochbau ¹³⁾	1 000 Std.	242	235	218	259	234	260	225	257	239
* für gewerbli. Tiefbau (ohne Straßenbau)	1 000 Std.	107	101	102	148	107	90	94	100	85
für gesamten Hochbau	1 000 Std.	698	710	665	821	739	672	658	754	718
für gesamten Tiefbau	1 000 Std.	476	463	466	567	477	419	442	511	474
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	51,2	51,8	51,0	53,3	53,2	45,0	52,5	51,9	50,9
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	38,5	39,1	38,4	41,1	40,1	32,5	39,4	39,5	37,7
* Bruttogehaltssumme	Mio. DM	12,7	12,7	12,5	12,2	13,2	12,5	13,1	12,4	13,2
* Gesamtumsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mio. DM	192,5	183,0	155,4	195,4	205,0	152,9	153,1	179,9	177,8
* Auftragseingang ⁵⁾	Mio. DM	132,2	122,6	100,5	125,7	180,1	169,7	99,4	122,7	112,6
* Wohnungsbau	Mio. DM	15,5	18,3	10,0	20,7	37,7	54,4	16,8	16,9	10,0
* Hochbau insgesamt ¹³⁾	Mio. DM	66,6	62,5	40,3	60,3	103,5	90,7	49,2	67,3	48,7
* Tiefbau insgesamt	Mio. DM	65,6	60,1	60,2	65,3	76,6	79,0	50,2	55,5	63,9
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe¹⁴⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	3 818	3 619	.	.	3 671	3 657	.	.	3 706
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	405	383	.	.	1 153	1 131	.	.	1 183
* Gesamtumsatz	Mio. DM	48,8	46,7	.	.	138,7	129,6	.	.	144,3
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude										
(Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	136	158	176	135	131	104	125	117
* mit 1 Wohnung	Anzahl	120	105	128	128	98	109	80	101	93
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	31	23	25	38	25	21	18	17	14
mit 3 und mehr Wohnungen ¹⁵⁾	Anzahl	14	9	5	10	12	1	6	7	10
umbauter Raum	1 000 m³	181	152	192	181	144	129	117	129	115
* Wohnfläche	1 000 m²	30,6	25,5	31,3	30,5	24,4	21,9	19,0	22,1	20,0
Wohnräume	Anzahl	1 385	1 162	1 382	1 361	1 071	955	843	950	892
* veranschlagte Baukosten	Mio. DM	74,6	65,0	85,8	74,1	60,8	54,8	48,4	54,9	49,1
* Nichtwohngebäude										
(Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	32	30	35	38	20	31	25	29	20
* umbauter Raum	1 000 m³	196	167	195	240	83	184	151	163	29
* Nutzfläche	1 000 m²	29,3	25,7	35,6	39,7	12,6	24,9	33,1	24,5	5,8
* veranschlagte Baukosten	Mio. DM	44,6	37,6	63,7	45,3	14,9	32,7	36,3	33,7	6,9
* Wohnungen insgesamt	Anzahl	340	229	252	260	206	176	150	176	164
* Wohnräume insgesamt										
(alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 753	1 397	1 619	1 632	1 351	1 189	1 015	1 177	1 068

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000	2000			2001			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mio. DM	1 249,7	1 410,6	1 416,9	1 496,8	1 385,5
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mio. DM	24,4	23,4	42,5	19,5	16,7
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mio. DM	1 225,2	1 387,2	1 374,4	1 477,4	1 368,8
davon										
* Rohstoffe	Mio. DM	3,4	4,1	3,1	4,1	4,0
* Halbwaren	Mio. DM	40,0	49,6	49,1	55,6	55,5
* Fertigwaren	Mio. DM	1 181,8	1 333,6	1 322,2	1 417,7	1 309,3
davon										
* Vorerzeugnisse	Mio. DM	152,7	194,8	174,1	216,4	186,2
* Enderzeugnisse	Mio. DM	1 029,1	1 138,7	1 148,1	1 201,3	1 123,1
* EU-Länder	Mio. DM	1 007,6	1 126,1	1 156,4	1 193,0	1 103,7
darunter: Frankreich	Mio. DM	563,8	311,5	313,4	395,4	296,6
EFTA-Länder	Mio. DM	45,8	47,8	37,7	65,8	44,6
USA und Kanada	Mio. DM	49,3	66,4	67,6	65,3	63,3
Entwicklungsländer mit OPEC-Ländern	Mio. DM	62,3	67,4	54,8	73,4	71,2
Staatshandelsländer in Asien	Mio. DM	5,6	6,0	11,4	3,6	5,2
Mittel- und Osteuropäische Länder	Mio. DM	51,2	64,4	57,6	60,0	65,3
Einfuhr (Spezialhandel)										
* Einfuhr insgesamt	Mio. DM	1 208,8	1 237,5	1 384,0	1 307,3	1 296,9
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mio. DM	103,5	99,7	117,5	117,2	90,7
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mio. DM	1 105,3	1 137,9	1 266,5	1 190,1	1 206,2
* Rohstoffe	Mio. DM	7,1	31,3	33,0	38,2	35,1
* Halbwaren	Mio. DM	25,6	34,4	30,9	36,1	40,5
* Fertigwaren	Mio. DM	1 072,6	1 072,1	1 202,6	1 115,8	1 130,6
davon										
* Vorerzeugnisse	Mio. DM	117,5	103,1	161,2	90,9	118,8
* Enderzeugnisse	Mio. DM	955,1	969,0	1 041,4	1 024,9	1 011,8
* EU-Länder	Mio. DM	1 087,6	1 030,4	1 216,9	1 110,6	1 098,5
darunter: Frankreich	Mio. DM	563,8	486,2	717,8	491,1	502,1
EFTA-Länder	Mio. DM	11,3	12,4	11,4	14,3	12,3
USA und Kanada	Mio. DM	10,8	15,0	10,2	11,0	16,0
Entwicklungsländer mit OPEC-Ländern	Mio. DM	27,7	53,9	46,5	57,3	49,5
Staatshandelsländer in Asien	Mio. DM	14,6	17,2	17,8	21,7	17,4
Mittel- und Osteuropäische Länder	Mio. DM	35,8	67,6	48,3	55,9	60,7
Einzelhandel										
* Nominale Umsatzentwicklung insgesamt	1995=100	106,2	108,6	108,4	116,0	103,9	119,4	113,1	114,1	110,6
Handel mit Kraftwagen	1995=100	123,8	111,6	113,8	138,5	121,4	149,6	138,6	133,8	134,4
Tankstellen	1995=100	116,0	143,9	128,6	134,3	144,4	133,8	127,6	142,6	132,3
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	1995=100	107,0	114,0	115,7	116,9	106,5	123,4	115,8	117,1	116,4
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln usw. (in Verkaufsräumen)	1995=100	88,8	86,4	86,0	92,2	85,1	86,0	82,3	89,0	94,7
Apotheken; Facheinzelhandel mit med. Artikeln usw. (in Verkaufsräumen)	1995=100	119,8	121,8	113,7	126,1	121,1	129,3	125,7	131,7	127,8
Sonstiger Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen)	1995=100	94,0	97,1	97,4	101,6	85,9	97,2	95,7	98,3	86,7
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	1995=100	104,3	130,0	109,7	113,6	115,0	136,0	111,2	115,3	110,8
* Reale Umsatzentwicklung insgesamt ¹⁶⁾	1995=100	104,1	105,2	105,5	112,9	100,8	114,4	108,2	108,7	105,1
* Beschäftigte	1995=100	101,6	99,6	99,6	99,7	99,1	101,5	100,1	100,9	102,8
Gastgewerbe										
* Umsatz nominal	1995=100	97,8	97,7	96,3	100,8	101,4	93,9	102,7	102,9	99,1
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	1995=100	102,9	104,6	98,4	120,4	105,8	103,6	106,2	123,0	119,0
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen	1995=100	103,3	102,2	104,2	103,1	105,4	96,1	106,2	101,1	101,1
Sonstiges Gaststättengewerbe	1995=100	84,6	81,7	81,7	81,0	86,5	80,5	87,8	83,4	76,7
* Umsatz real ¹⁶⁾	1995=100	93,1	92,1	90,9	95,4	95,5	87,8	95,5	95,6	91,6
* Beschäftigte	1995=100	90,1	87,0	92,4	86,3	88,6	88,6	89,0	86,3	84,2
Fremdenverkehr										
* Gästeankünfte	Anzahl	52 425	53 519	49 186	63 606	61 903	53 766	47 956	63 825	63 698
* darunter Ausländer	Anzahl	6 240	6 423	5 644	7 242	8 790	5 870	5 340	7 070	7 974
* Gästeübernachtungen	Anzahl	171 125	178 663	172 831	198 202	199 934	178 347	172 050	202 091	203 332
darunter Ausländer	Anzahl	16 568	18 038	17 662	20 052	23 006	16 323	15 280	20 400	20 307

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000	2000			2001			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Verkehr										
* Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	212	280	277	283	251	169	238	287	...
* Güterversand	1 000 t	61	53	58	53	29	50	87	72	...
Kraftfahrzeuge										
* Zulassungen fabrikneuer Fahrzeuge	Anzahl	4 939	4 521	4 624	5 550	4 727	5 616	4 809	5 039	4 827
darunter										
* Personenkraftwagen ¹⁷⁾	Anzahl	4 246	3 899	3 804	4 619	3 936	4 764	3 990	4 160	4 090
* Lastkraftwagen	Anzahl	267	280	270	329	312	248	250	301	201
Bestand an Kraftfahrzeugen ¹⁸⁾	Anzahl	701 288	728 338	.	.	710 752
darunter										
Personenkraftwagen ¹⁷⁾	Anzahl	597 681	618 706	.	.	603 988
Lastkraftwagen	Anzahl	30 837	33 525	.	.	31 883
* Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	2 303	2 175	2 082	2 065	1 908	2 390	2 086	2 102	2 144
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	441	398	405	380	401	423	384	442	416
* Getötete Personen	Anzahl	8	5	11	4	3	3	5	2	9
* Verletzte Personen	Anzahl	594	536	533	505	519	561	525	586	567
Unfälle mit Sachschaden	Anzahl	1 861	1 778	1 677	1 685	1 507	1 967	1 702	1 660	1 728
Straßenverkehrsunternehmen ¹⁴⁾	Anzahl	52	52	.	.	52	50
Wagenkilometer insgesamt	1 000	5 486	5 453	.	.	16 750	15 238
Beförderte Personen insgesamt	1 000	8 343	8 430	.	.	24 780	26 332
Erlöse aus Beförderungen insgesamt	1 000 DM	14 871	15 591	.	.	50 735	41 757
Insolvenzen¹⁹⁾²⁰⁾										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl
* Unternehmen	Anzahl
* Übrige Gemeinschuldner	Anzahl
* Beantragte Konkurse	Anzahl
* darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl
Angemeldete Forderungen insgesamt	1 000 DM
darunter bei eröffneten Konkursen	1 000 DM
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten im Saarland										
Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	528 445	547 440	463 920	466 459	596 457	472 279	428 569	506 654	...
Steuern vom Einkommen	1 000 DM	274 310	293 323	208 678	209 959	351 794	224 906	200 451	231 149	...
Lohnsteuer	1 000 DM	240 299	241 821	186 148	227 137	215 780	178 533	190 876	224 192	...
Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	1 364	9 100	- 6 815	- 34 685	79 925	- 10 779	- 10 023	- 37 390	...
Körperschaftsteuer	1 000 DM	16 822	32 327	26 308	15 577	31 195	54 223	11 177	40 079	...
Steuern vom Umsatz	1 000 DM	256 852	256 639	255 242	286 767	244 663	247 373	228 118	275 505	...
Umsatzsteuer	1 000 DM	240 768	235 565	240 835	256 500	222 951	222 348	198 869	250 759	...
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	15 918	21 073	14 407	30 267	21 712	25 025	29 249	24 746	...
Bundessteuern	1 000 DM	33 824	38 938	28 086	31 057	41 158	94 453	40 897
* Landessteuern²¹⁾	1 000 DM	41 584	40 789	27 013	44 371	51 769	45 013	37 401	58 078	...
* Gemeindesteuern²²⁾	1 000 DM	59 263	56 159	.	171 916
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	269 219	276 722	224 188	268 929	319 770	347 049	222 587
Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	121 886	130 967	93 281	94 949	155 824	102 985	89 532	103 614	...
Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	111 674	105 188	102 964	138 068	122 788	149 770	91 805	126 490	...
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	1 835	1 629	- 143	4 855	-	- 159	353	4 708	...
Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	310 901	329 017	272 089	303 803	329 468	245 064	264 317	324 865	...
Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	122 595	131 291	93 281	94 378	155 824	102 985	89 532	104 621	...
Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	143 450	151 451	152 278	148 699	121 875	97 603	136 313	149 015	...
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 203	5 487	- 483	16 355	-	- 537	1 071	13 151	...
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ²²⁾	1 000 DM	93 186	92 753	.	271 233
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto)	1 000 DM	31 021	29 321	.	89 962
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer und Zinsabschlag	1 000 DM	37 212	38 695	.	106 244

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000	2000			2001			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern u. Angestellten mit mittlerem Einkommen										
1995=100		104,2	105,8	105,3	105,2	105,7	107,5	107,9	108,3	108,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995=100	99,9	99,7	99,8	99,8	99,6	102,6	104,0	105,6	105,3
Bekleidung, Schuhe	1995=100	103,5	104,7	104,8	104,8	104,8	105,1	105,0	104,9	104,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995=100	105,8	107,1	106,4	106,6	106,7	108,8	108,9	109,0	109,2
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	1995=100	106,4	106,8	106,8	106,8	106,8	107,2	107,3	107,3	107,3
Haushaltsenergie	1995=100	102,5	107,7	103,8	104,9	105,1	115,2	116,1	116,5	117,3
Möbel, Hausrat und lfd. Instandhaltung	1995=100	101,9	102,0	101,8	101,5	102,0	103,3	103,2	103,0	102,9
Gesundheitspflege	1995=100	118,8	120,4	120,2	120,3	120,3	121,3	121,3	121,3	121,4
Verkehr	1995=100	108,1	114,4	113,0	112,7	115,3	118,0	119,0	119,7	119,3
Nachrichtenübermittlung	1995=100	86,0	82,1	82,1	81,6	81,5	79,8	79,3	79,3	79,3
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	1995=100	101,9	102,8	102,3	100,8	102,9	100,5	103,4	103,3	106,0
* Preisindex für Wohngebäude²³⁾	1995=100	102,9	103,7	.	103,7	.	.	.	104,8	.
Löhne und Gehälter										
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter in Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk										
DM		4 686	4 820	4 796	.	.	.	4 897	.	.
männliche Arbeiter	DM	4 820	4 964	4 932	.	.	.	5 035	.	.
darunter Facharbeiter	DM	4 981	5 225	5 189	.	.	.	5 295	.	.
weibliche Arbeiter	DM	3 533	3 579	3 585	.	.	.	3 667	.	.
darunter Hilfsarbeiterinnen	DM	3 458	3 500	3 497	.	.	.	3 601	.	.
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter in Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk										
DM		28,51	29,06	28,97	.	.	.	29,58	.	.
männliche Arbeiter	DM	29,25	29,82	29,69	.	.	.	30,32	.	.
darunter Facharbeiter	DM	30,01	31,02	30,85	.	.	.	31,57	.	.
weibliche Arbeiter	DM	22,00	22,26	22,34	.	.	.	22,78	.	.
darunter Hilfsarbeiterinnen	DM	21,59	21,83	21,86	.	.	.	22,43	.	.
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk										
DM		6 356	6 422	6 364	.	.	.	6 584	.	.
kaufmännische Angestellte	DM	5 689	5 710	5 661	.	.	.	5 841	.	.
männlich	DM	6 410	6 493	6 445	.	.	.	6 641	.	.
weiblich	DM	4 741	4 746	4 697	.	.	.	4 849	.	.
technische Angestellte	DM	6 856	6 973	6 904	.	.	.	7 147	.	.
männlich	DM	6 963	7 084	7 015	.	.	.	7 257	.	.
weiblich	DM	4 815	4 931	4 856	.	.	.	5 045	.	.
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe										
DM		4 611	4 687	4 694	.	.	.	4 773	.	.
kaufmännische Angestellte	DM	4 589	4 665	4 670	.	.	.	4 746	.	.
männlich	DM	5 303	5 382	5 368	.	.	.	5 434	.	.
weiblich	DM	3 890	3 978	3 991	.	.	.	4 042	.	.

1) Vorläufiges Ergebnis, einschließlich Fälle ohne Angabe zur wirtschaftlichen Gliederung. 2) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93). 3) Statt Durchschnittsbestand wird das Ergebnis der allgemeinen Viehzählung im Mai verwendet (ab LZ 1999). 4) Aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 6) Einschließlich tätiger Inhaber/-innen, ohne Heimarbeiter. 7) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. 8) Eine Tonne Steinkohleneinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,3 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle, 1 Tonne SKE = 29,308 G Joule. 9) Originalwert, wird im Saarland nur vierteljährlich gerechnet. 10) Auftragseingang wird nur bei ausgewählten Wirtschaftszweigen erhoben (s. Statistischer Bericht E I 1). 11) Gemäß den Richtlinien der Statistik der Kohlenwirtschaft e. V. in Essen. Durch Umstrukturierungen im Bergbau (DSK - Deutsche Steinkohle AG) ist die Vergleichbarkeit mit Ergebnissen vor 1999 eingeschränkt. 12) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. 13) Einschließlich landwirtschaftlicher Bau. 14) Quartalswerte/Quartalsdurchschnitt. 15) Einschließlich Wohnheime. 16) Bis Mai 1999 Berechnung des realen Umsatzes auf der Preisbasis 1991=100, ab Juni 1999 Preisbasis 1995=100. 17) Sog. "M1"-Fahrzeuge: hierzu zählen neben Fahrzeugen zur Personenbeförderung mit höchstens 9 Sitzen auch Wohnmobile, Krankenwagen u. a. Fahrzeuge zur Personenbeförderung. 18) Jahresende bzw. 30 Juni. 19) Jahresergebnis statt MD. 20) Konkurse und Vergleichsverfahren. 21) Einschließlich der steuerähnlichen Abgaben. 22) Vierteljahreszahlen. 23) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk.

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht.

Bundeszahlen

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000	2000			2001			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung	1 000	82 150	82 168
Arbeitslose	1 000	4 099	3 889	3 986	3 788	3 724	4 000	3 868	3 721	3 694
Männer	1 000	2 160	2 053	2 127	1 996	1 947	2 197	2 092	1 990	1 958
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹⁾										
Beschäftigte	1 000	6 366	6 376	6 333	6 343	6 361	6 390	6 384	6 385	6 389
Geleistete Arbeiterstunden	Mio. Std.	527	526	502	562	509	559	508	538	507
Gesamtumsatz	Mio. DM	194 859	212 866	193 686	224 825	213 260	238 497	212 675	225 106	221 261
Index der Nettoproduktion ²⁾ im Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden und Verarbeitenden Gewerbe	1995=100	111,4	118,2	110,7	126,1	115,9	130,1	114,3	121,4	118,8
Kohlenbergbau	1995=100	77,9	71,4	67,4	78,1	62,9	70,4	65,5	68,2	.
Vorleistungsgüterproduzenten	1995=100	112,5	118,5	110,7	126,4	115,2	127,9	114,5	121,8	.
Investitionsgüterproduzenten	1995=100	114,2	125,4	115,2	131,5	125,1	142,4	120,5	127,5	.
Gebrauchsgüterproduzenten	1995=100	113,4	121,1	118,9	136,5	116,0	146,2	122,3	131,6	.
Verbrauchsgüterproduzenten	1995=100	102,6	103,7	97,6	110,2	101,5	107,2	99,1	104,6	.
Verwertbare Steinkohlenförderung ³⁾	1 000 t	3 270	2 776	2 519	3 104	2 329	2 436	2 026	2 338	1 995
Rohbraunkohlenförderung ³⁾	1 000 t	13 440	13 973	13 408	14 128	13 470	15 332	14 716	14 817	14 156
Produktion von Rohstahl	1 000 t	3 482	3 841	3 777	3 982	3 957	4 207	3 857	3 722	3 433
Roheisen	1 000 t	2 295	2 533	2 493	2 586	2 597	2 737	2 519	2 324	2 204
Walzstahlfertigerzeugnisse	1 000 t	3 082	3 334	3 288	3 593	3 300	3 488	3 187	3 383	2 989
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau¹⁾										
Beschäftigte	1 000	1 110	1 030	1 029	1 038	1 035	928	942	950	951
Löhne und Gehälter	Mio. DM	4 465	4 201	4 098	4 349	4 328	3 474	3 846	4 039	3 937
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000 Std.	113 460	101 554	98 559	120 123	104 458	86 732	90 196	104 671	98 612
für Wohnungsbau	1 000 Std.	48 525	41 968	41 329	50 375	43 812	33 785	35 542	41 331	38 937
für gewerblichen Bau	1 000 Std.	33 957	30 883	29 259	35 250	30 625	28 635	28 064	32 062	30 281
Index der Nettoproduktion ²⁾	1995=100	88,2	84,9	80,3	97,8	84,8	71,4	74,3	86,9	81,4
Handel										
Einfuhr (Spezialhandel)	Mio. DM	71 090	88 497	76 774	94 616	85 117	91 967
Ernährungswirtschaft	Mio. DM	5 768	6 063	5 690	6 445	6 151	6 062
Gewerbliche Wirtschaft	Mio. DM	58 527	73 117	62 959	77 884	70 063	77 458
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mio. DM	82 005	97 353	89 406	102 003	96 893	109 354
Gewerbliche Wirtschaft	Mio. DM	74 859	88 220	80 893	92 779	86 956	99 717
Fertigwaren	Mio. DM	70 860	82 897	75 944	87 746	81 643	93 625
Einzelhandelsumsätze in jeweiligen Preisen	1995=100	104,0	104,3	103,9	111,9	100,2	111,3	106,6	105,9	...
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁴⁾	1995=100	89,9	95,1	94,1	94,7	96,1	102,0p	102,3p	102,5p	98,9p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	1995=100	98,5	101,8	100,4	101,0	101,3	104,9	105,4	105,6	105,7
Preisindex für Wohngebäude mit MwSt. ⁵⁾	1995=100	98,4	98,7	.	98,7	.	.	.	98,6	.
Preisindex für die Lebenshaltung ⁶⁾	1995=100	104,9	106,9	106,4	106,3	106,9	109,1	109,5	110,0	110,2
Lebenshaltung insgesamt	1995=100	104,9	106,9	106,4	106,3	106,9	109,1	109,5	110,0	110,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995=100	101,7	101,2	101,5	101,8	101,8	104,3	105,9	107,7	108,0
Bekleidung, Schuhe	1995=100	101,8	102,0	102,0	102,0	101,9	102,5	102,6	102,8	102,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995=100	107,4	110,9	109,7	110,1	110,4	113,7	114,0	114,2	114,6
Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995=100	101,9	113,8	108,7	110,4	111,3	124,1	125,0	125,8	126,9
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte u. Ausrüst. für den Haushalt und deren Instandhaltung	1995=100	102,1	102,1	102,2	102,0	102,0	102,7	102,7	103,0	103,0

ZAHLENSPIEGEL

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000	2000			2001			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Steuern (ab 1970 ohne durchlfd. Posten)										
Kassenmäßige Einnahmen aus Bundes- und Landessteuern	Mio. DM	68 834	71 080	55 965	68 180	90 619	65 894	55 212
Veranlagte Einkommensteuer	Mio. DM	1 774	1 992	- 804	- 1 713	10 509	- 1 227	- 2 166
Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer	Mio. DM	22 354	22 960	20 798	24 486	22 807	19 545	19 662
Zölle	Mio. DM	571	553	494	582	573	511	479
Tabaksteuer	Mio. DM	1 900	1 865	1 021	2 596	2 164	2 617	1 090
Branntweinmonopol	Mio. DM	364	351	210	340	365	546	250

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 2) Originalwert. 3) Gemäß den Richtlinien der Statistik der Kohlenwirtschaft e. V. in Essen.
4) Ohne Mehrwertsteuer und ohne Aufwertungsausgleich. 5) Wird nur für die Monate Februar, Mai, August und November berechnet. 6) Aller privaten Haushalte.

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes

I. Zusammenfassende Schriften

Statistisches Jahrbuch für das Saarland

Das Statistische Jahrbuch bietet aktuelle Informationen aus allen wichtigen Bereichen des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Die Darstellung in Tabellenform, die vielfach mehrjährige Vergleiche erlaubt, wird durch textliche Erläuterungen sowie durch übersichtliche Schaubilder und Grafiken ergänzt. Wichtige Daten aus der amtlichen Statistik der anderen Bundesländer und des Bundes sowie der Länder der EU runden das Informationsangebot ab.

Statistik-Journal, Statistisches Monatsheft Saarland

Das Statistik-Journal informiert monatlich über aktuelle Ergebnisse aus einer Vielzahl von Bereichen der amtlichen Statistik. Neben Textbeiträgen geben Grafiken und ein Zahlenspiegel umfassende Einblicke in das wirtschaftliche und soziale Geschehen im Saarland.

Saarland heute - Statistische Kurzinformationen (*erscheint jährlich*)

II. Fachstatistische Schriften

Handbuch Öffentliche Finanzen

Erscheinungsweise jährlich. Das Handbuch stellt Grunddaten über die aktuelle Finanzsituation im öffentlichen Bereich zur Verfügung. Angegeben sind sowohl einfache Bestandszahlen als auch funktional gegliederte Ergebnisse für Gemeinden und Land.

Statistische Berichte

Zur schnellen Unterrichtung von Verwaltung und anderen Interessenten werden hier die neuesten Ergebnisse der laufenden Statistiken wie auch die ersten Resultate von Sondererhebungen veröffentlicht. Ihre sachliche Gliederung ist sehr differenziert und bundeseinheitlich festgelegt.

Bildung - Kurzinformation (*erscheint jährlich*)

III. Reihen

Einzelschrift zur Statistik des Saarlandes

In dieser Reihe, die bis heute mehr als 100 Bände umfasst, werden aus dem gesamten Spektrum der amtlichen Statistik schwerpunktmäßig Einzelthemen behandelt. Insbesondere werden hier Ergebnisse von Erhebungen dargestellt, die nur in mehrjährigen Abständen stattfinden, so etwa die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung, Handels- und Gaststättenzählung, Handwerkszählung etc.

Saarland in Zahlen (Sonderhefte)

In dieser Reihe werden sachlich und teils auch regional tief gegliederte Ergebnisse mit fachlichen Schwerpunkten veröffentlicht. Regelmäßig erscheinen die Sonderhefte aus den Bereichen Produzierendes Gewerbe, Agrarberichterstattung, Allgemeinbildende Schulen und Krebsstatistik.

Saarländische Gemeindezahlen

In dieser jährlich erscheinenden Publikation werden Informationen aus den verschiedensten Bereichen der amtlichen Statistik auf Gemeinde- bzw. Kreisebene veröffentlicht.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder - Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Landesämter

Ergebnisse über Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts nach Ländern sowie Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte und Landkreise. Erscheinungsweise ein- bis zweijährlich. Erwerbstätigenrechnung der Länder.

IV. Verzeichnisse

wie Gemeindeverzeichnis, Schulverzeichnis, Krankenhausverzeichnis, Straßenverzeichnis, Märkte im Saarland, Systematischer Datenbestandskatalog des Saarländischen Planungs- und Informationssystems SAPLIS usw. werden regelmäßig aktualisiert herausgegeben.

STATISTISCHES LANDESAMT SAARLAND - Presse- und Informationsdienst

Virchowstraße 7, 66119 Saarbrücken, ☎ 06 81/5 01 - 59 35/- 59 25, Telefax 06 81/5 01 - 59 21

E-Mail: statistik@stala.saarland.de Internet: <http://www.statistik.saarland.de>

Konjunktur aktuell

Conjoncture actuelle

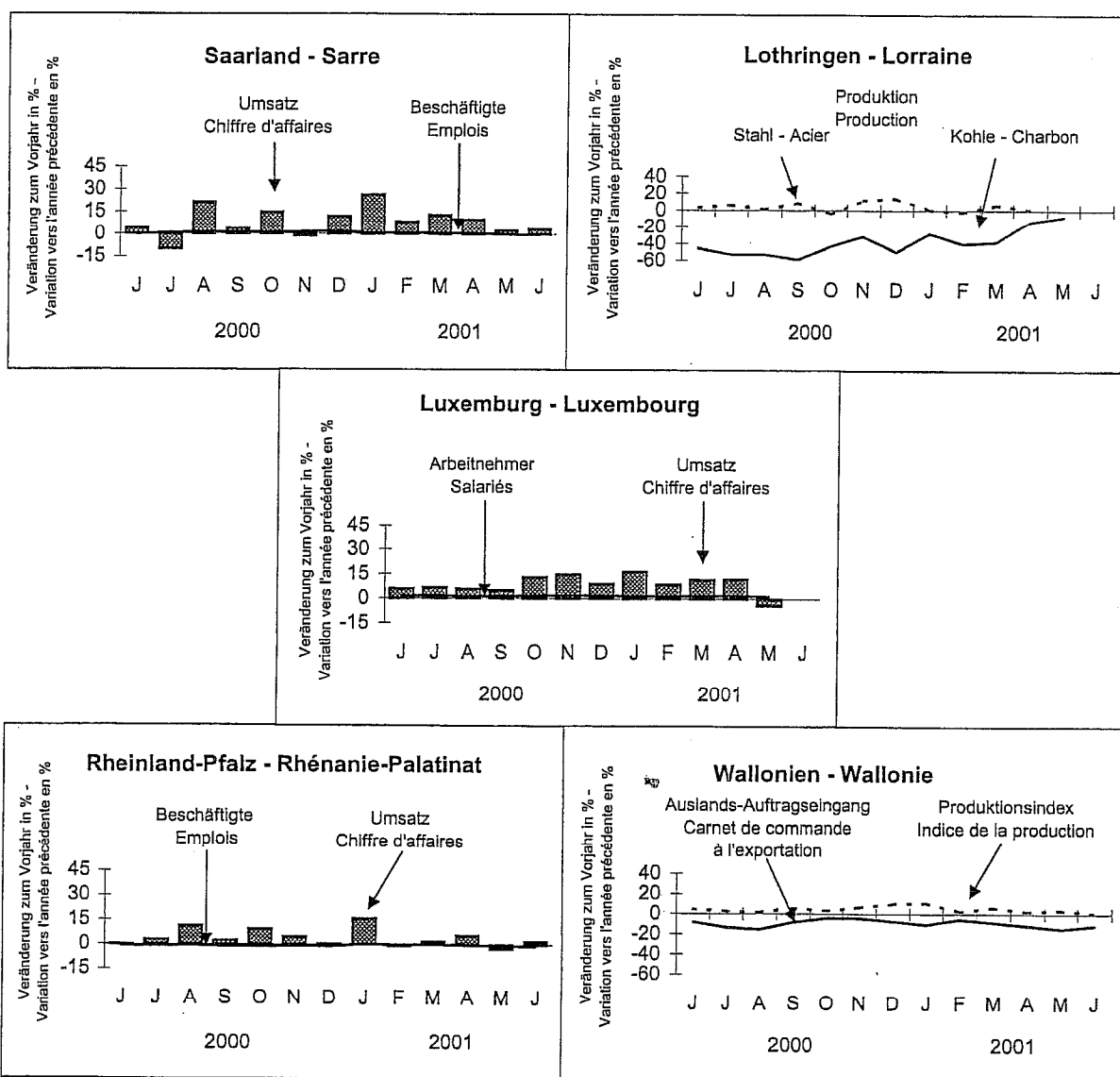
August · Août 2001

Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonien

Grande Région Saar – Lor – Lux – Rhénanie-Palatinat – Wallonie

15. 8. 2001

Verarbeitendes Gewerbe · Industries manufacturières



Herausgeber · Éditeur: Statistisches Landesamt Saarland, Saarbrücken · Institut National de la Statistique et des Études Économiques (INSEE), Direction Régionale de Lorraine · Service Central de la Statistique et des Études Économiques (STATEC), Luxembourg · Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems · Ministère de la Région Wallonne, Service des Études et de la Statistique (S.E.S.), Jambes (Namur).

Herausgegeben mit dankenswerter Unterstützung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Nous remercions la Commission des Communautés Européennes pour leur contribution à la réalisation de cette publication.

004/01/221.a1

Verarbeitendes Gewerbe in der Großregion Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonien
Industries manufacturières dans la Grande Région Saar - Lor - Lux - Rhénanie-Palatinat - Wallonie

Merkmal Variable	2000							2001						
	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	
	Juin	Juillet	Août	Sept.	Oct.	Nov.	Déc.	Jan.	Févr.	Mars	Avril	Mai	Juin	
	Veränderung zum Vorjahr in % Variation vers l'année précédente en %													
Saarland - Sarre														
Beschäftigte Emplois	-0,2	0,8	1,1	1,2	1,1	1,5	2,0	0,6	0,7	0,7	0,6	-0,2	-0,2	
Umsatz - Chiffre d'affaires	4,0	-10,0	21,2	3,5	14,6	-1,3	12,0	26,2	8,4	13,0	10,1	2,4	3,5	
Lothringen - Lorraine														
Produktion von Production de Stahl Acier	2,7	6,2	1,1	8,8	-4,2	11,7	13,8	1,0	-2,0	6,3	0,7	
Kohle Charbon	-45,6	-52,7	-52,7	-58,9	-43,0	-31,7	-49,8	-27,8	-40,3	-37,9	-13,3	-7,4	...	
Luxemburg - Luxembourg														
Arbeitnehmer Salariés	1,6	1,4	1,3	1,3	1,7	2,0	1,9	1,7	1,6	1,9	2,0	1,5	...	
Umsatz - Chiffre d'affaires	5,9	6,6	5,8	5,0	13,0	14,7	9,0	16,6	8,8	11,8	12,0	-4,1	...	
Rheinland-Pfalz - Rhénanie-Palatinat														
Beschäftigte Emplois	-0,9	-1,1	-0,7	-1,3	-1,4	-1,1	-1,2	0,3	-0,1	0,1	-0,3	-0,5	-1,1	
Umsatz - Chiffre d'affaires	-0,3	2,9	11,2	2,3	9,4	4,6	0,3	15,8	-0,8	1,8	5,6	-2,6	1,9	
Wallonien - Wallonie														
Auslands-Auftrags- eingang ¹⁾ Carnet de commandes à l'exportation ¹⁾	-8,0	-13,0	-15,0	-8,0	-4,0	-4,0	-7,0	-10,0	-5,0	-8,0	-11,0	-14,0	-11,0	
Produktionsindex Indice de la production	4,6	2,6	1,8	5,7	3,3	6,7	10,3	11,1	2,6	6,5	2,5	4,0	1,0	

1) Dessaisonalisée / Saisonbereinigt.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES SAARLAND

Statistische Berichte im Monat Juli 2001

Strafverfolgung 2000	B VI 1 - j 2000	Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsstatistik im Saarland 2000	
Strafvollzug im Saarland 2000/2001	B VI 6 - j 2000/2001	Teil I: Ausgaben und Einnahmen	K I 1 - j 2000
Betriebsverhältnisse im Weinbau 1999		Pflegestatistik im Saarland 1999	K II 7 - 2j 1999
- Ergebnisse der Weinbauerhebung -	CO - 10j 1999	Kommunale Finanzen im 1. Vierteljahr 2001	L II 2 - vj 1/2001
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Mai 2001	E I 1 - m 5/2001	Preisindex für die Lebenshaltung Mai und Juni 2001	M I 2 - m 5 + 6/2001
Baugewerbe im Mai 2001	E II 1 / E III 1 - m 5/2001	Preisindex für Bauwerke Mai 2001	M I 4 - vj 2/2001
Einzelhandel im April 2001	G I 1 - m 4/2001	Bruttojahresverdienste in Industrie und Handel 2000	N I 4 - j 2000
Fremdenverkehr im April 2001 und Winterhalbjahr 2000/2001	G IV 1 - m 4/2001	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Ausgabe Januar bis Mai 2001	Z 1 - m 5/2001
Gastgewerbe im April 2001	G IV 3 - m 4/2001	Konjunktur aktuell Juni 2001	KA-6
Straßenverkehrsunfälle im März 2001	H I 1 - m 3/2001	Konjunktur aktuell Juli 2001	KA-7
Straßenverkehrsunfälle im April 2001	H I 1 - m 4/2001		
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen im 1. Vierteljahr 2001	H I 4 - vj 1/2001		